

# Danziger Zeitung.

Nr. 19411.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserte kosten für die sieben- gesparten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

## Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Hannover, 13. März. Zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der nationalliberalen Partei wurde heute ein Festcommers veranstaltet. Die Feier wurde durch ein Hoch auf Ge. Majestät den Kaiser eröffnet, welches begleitet aufgenommen wurde. Im weiteren Verlaufe derselben wurden Toakte auf die Partei, den Oberpräsidenten v. Bennigsen, sowie den Fürsten Bismarck ausgebracht.

Bern, 13. März. Der Bundesrat hat heute die Antwort auf die leste italienische Note betreffend den schweizerisch-italienischen Handelsvertrag festgestellt. Der Bundesrat möchte, daß die Vertragsverhandlungen bald wieder in Zürich eröffnet werden, während die italienische Regierung die Fortsetzung der Unterhandlungen auf diplomatischem Wege vorzieht.

Paris, 12. März. Der Justizminister Ricard verweile heute längere Zeit in dem am Boulevard St. Germain gelegenen Hause, in welchem die Explosion erfolgte. Gestern Nachmittag wurden verschiedene Hausforschungen vorgenommen. Dieselben ergaben aber kein Resultat.

Anderlues, 13. März. Nach den Ermittlungen, welche die Direction des Kohlenbergwerks ange stellt hat, in welchem sich am Freitag die Explosion ereignete, befanden sich in dem von der Explosion heimgesuchten Stollen 236 Bergleute. Von diesen wurden 63 unversehrt, 31 als Tote und 20 als Verwundete wieder aus dem Schacht heraufgeschafft; es sind also 122 Leichen in dem Stollen geblieben. Eine große Volksmenge war heute zusammengeströmt, um an der Beerdigung der aufgefundenen 31 Toten Theil zu nehmen.

Madrid, 12. März. Das Amtsblatt publicirt ein Decret, durch welches die Fabrikation von Kunstweinen untersagt wird.

Die Überschwemmungen, welche verschiedene Theile des Landes heimsuchten, beginnen abzu nehmen.

Madrid, 13. März. Eine Bande von zwanzig Bewaffneten versuchte die Eisenbahnbrücke bei Almogro in der Provinz Ciudad Real zu zerstören. Die Freiwilligen wurden von Gendarmerie verfolgt.

Belgrad, 12. März. Heute hat hier die feierliche Beisetzung der Leiche des Metropoliten Theodosius stattgefunden. In der Presse wird das Fernbleiben des Metropoliten Michael von der Trauerfeier abfällig beurtheilt.

Konstantinopel, 13. März. Gestern haben die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und der Türkei begonnen.

Konstantinopel, 12. März. Wie die „Agence de Constantinope“ heute meldet, habe der Sultan angelicht der voraussichtlich entstandenen Schwierigkeiten die Absicht ausgegeben, den Investiturfürster für den Kneidie von Ägypten zu ändern; Ahmed Ebub werde daher demnächst nach Ägypten abgehen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 14. März.

## Das Ende des Welfenfonds.

Aus dem Wortlaut des Schreibens des Herzogs von Cumberland an den Kaiser, welches der „Reichsanzeiger“ am Sonnabend in seinem amtlichen Theil als Anlage zu einem Erlass des Kaisers an das Staatsministerium zum Abdruk gebracht hat, kann man den Verlauf der Verhandlungen, welche zu diesem Schritt geführt haben, unzweifelhaft erkennen. Der Herzog beginnt mit der Bemerkung, er habe Grund anzunehmen, daß der Kaiser eine gütliche Erledigung der über den Absindungsvertrag von 1867 entstandenen Differenzen wünsche. Zweifellos ist ihm eine bezügliche Mittheilung, wie man nach den früheren Vorgängen annehmen muß, durch Vermittelung des englischen Hofes zugegangen. Daraufhin richtet der Herzog an den Kaiser die freundliche Bitte, diese Angelegenheit einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Der nun folgende Passus des Schreibens betrifft den Schwerpunkt der Sache: die Versicherung des Herzogs, daß er keinerlei feindselige Absichten weder gegen das Reich noch gegen Preußen habe. Der Herzog hat, wie er bemerkt, eine solche Erklärung „schon früher“ abgegeben; wahrscheinlich war es diese frühere Erklärung, welche dem Kaiser den Wunsch einer gütlichen Erledigung der „Differenzen“ nahe gelegt hat.

Was den Inhalt dieser Erklärung betrifft, so läßt dieselbe bezüglich der Gesinnung des Herzogs an Alartheit und Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig. Nur eins ist in derselben nicht enthalten: sie ist kein ausdrücklicher Verzicht des Herzogs auf die Ansprüche des welfischen Hauses auf Hannover. Es ist also mit Rücksicht auf den Erlass des Kaisers an das Staatsministerium, der die Aufhebung der Beschlagnahmeverordnung vom 2. März 1868 anordnet, unzweifelhaft, daß diesseits auch ein solcher Anspruch an den Herzog von Cumberland nicht erhoben worden ist. Das Merkwürdigste in dem Zusammenhang der Sache ist zweifellos dieses: Als deutscher Fürst liebe ich mein deutsches Vaterland treu und aufrichtig. Indessen wird man auch darin einen Anspruch auf politische Rechte nicht sehen dürfen. Bekanntlich hatte auch König Georg V. den Vertrag mit dem Kaiser Wilhelm I. geschlossen, ohne seine Rechtsansprüche aufzugeben, wie unzweideutig daraus hervorgeht, daß in Art. 4 des Vertrags vom 29. Septbr. 1867 ausdrücklich stipuliert wird, daß das Schloß zu Herrnhausen und die Domäne Calenberg sollten so lange in preußischer Verwaltung bleiben, bis der König auf die hannöversche Königskrone für sich und seine Erben ausdrücklich verzichte. Der Vertrag vom 29. Sept. 1867 war eben lediglich ein Vertrag über Vermögensverhältnisse.

Von Preßstimmen liegen über den Abschluß der Angelegenheit des Welfenfonds erst vereinzelt vor. Doch kann schon jetzt die Prognose gestellt werden, daß die öffentliche Meinung im großen und ganzen mit dem Ausgang zufrieden ist. Es fehlt freilich auch nicht an Widerspruch; so schreibt der socialdemokratische „Vorwärts“:

Paris ist eine Messe, die 40 Millionen des Welfenfonds sind den formellen Bericht auf etwas Unverbares, die Aufhebung der Annexion Hannovers. Denn der Brief des Herzogs von Cumberland besagt klipp und klar, daß Ernst August sich mit dem Stand der Dinge abgefunden hat und ein für allemal resigniert, soviel Hannover in Frage kommt. Zur Sache selbst sei auch heute wieder von uns betont, daß die Auslieferung der vierzig Millionen, die bisher zur Besoldung von Reptilien, zur Subventionierung hilfsbedürftiger Schwiegerväter, hoher Beamter u. s. w. benutzt

Gelbstverständlichkeit kann die Aufhebung der Beschlagnahme, wie in der bezüglichen Verordnung vom 2. März 1868 ausdrücklich bestimmt ist, nur durch ein Gesetz, also mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages erfolgen. Aber damit ist die Sache nicht erledigt. Im Gegenteil; erst nach Aufhebung der Beschlagnahme können die weiteren, in dem Vertrag vom 29. Septbr. 1867 in Aussicht genommenen Verhandlungen wegen Ausführung derselben, insbesondere wegen Sicherstellung der Ausgleichsumme für das Braunschweig-Lüneburgische Haus beginnen. Bis dahin bleiben sowohl die Wertpapiere wie die baaren Gelder depoirt und erhält der Befreigte in halbjährlichen Raten die aufkommenden Zinsen u. s. w. Ja, in einzelnen Punkten wird der damalige Vertrag einer Abänderung bedürfen, da z. B. 4½ prozentige preußische Staatspapiere, in denen die Summe von 11 Mill. Thalern ausbezahlt werden soll, gar nicht mehr vorhanden sind. Aber das sind gegenüber der politischen Bedeutung dieser ersten Vereinbarung alles Quisquillen. Allerdings ist die Bedeutung der Aufhebung des Welfenfonds für die innere Politik heute, nachdem das Ministerium Caprivi der früheren Verwendung der Zinsen zur unmittelbaren oder mittelbaren Bekämpfung der feindlichen Befreiungen des Königs Georg ein Ende gemacht hat, eine ungleich geringere, als sie noch vor 2 Jahren gewesen wäre; aber für die Stellung der hannoverschen Bevölkerung zur Regierung und zum Reiche selbst wird die Befriedigung des nominellen Kriegszustandes von tiefschreiterender Wirkung sein. Die Frage ist nur, weshalb dieser Ausgleich, der sich heute so glatt vollzieht, bisher unmöglich gewesen ist.

Um so erfreulicher ist es übrigens, daß gleichzeitig mit der Veröffentlichung des von Freitag datirten Schreibens des Cumberländers die Gerüchte von dem Rücktritt des Herrn v. Bennigsen von dem Posten des Oberpräsidenten in Hannover in aller Form dementirt werden. Sollte man hannoverscherseits in der That versucht haben, die Befreiung des Herrn v. Bennigsen von seinem Posten zu erreichen? Der Umstand, daß gerade welfische Blätter dieses Mal die Urheber der Gerüchte gewesen sind, ist in der That verdächtig.

Bei dem großen politischen Interesse, welches die Aufhebung des vielberufenen Welfenfonds hervorruft, tragen wir nachstehend den Wortlaut der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Schreiben des Kaisers und des Herzogs von Cumberland nach, wenngleich die Haupsachen schon telegraphisch gemeldet sind.

Inbegriffen ist dem Staatsministerium ein Schreiben des Herzogs von Cumberland, königliche Hoheit, vom 10. März dieses Jahres anbei zugehen lasse, gebe ich denselben zu erkennen, daß ich nunmehr den Zeitpunkt für gekommen erachte, die durch die Verordnung vom 2. März 1868 ausgesprochene Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg aufzuheben.

Wegen der Ausführung dieser Maßnahme will ich den Vorschlägen meines Staatsministeriums entgegenstehen.

Berlin, den 12. März 1892.

Wilhelm R.  
Graf v. Caprivi.

An das Staatsministerium.  
Durchlauchtigster großmächtigster Kaiser und König, freundlich lieber Bruder und Bruder!

Da ich Grund habe anzunehmen, daß es den allerhöchsten Wünschen Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät entspricht, eine gütliche Erledigung der Differenzen herbeigeführt zu seien, welche wegen Ausführung des Vertrages obliegen, der unter dem 29. September 1867 über die Vermögensverhältnisse meines in Gott ruhenden Vaters Majestät, zwischen diesem und des hochseligen Königs Wilhelm von Preußen, nachmaligen deutschen Kaisers Wilhelm I. Majestät, abgeschlossen ist, nehm ich keinen Anstand, an Eure Majestät die freundliche Bitte zu richten, die Angelegenheit allerhöchstselbst einer wohlwollenden Prüfung unterzuhören zu wollen.

Gern benütze ich diese Gelegenheit, wie schon früher erklärt, so jetzt wiederholz zu erklären, daß jedes den Frieden des deutschen Reiches und der ihm angehörenden Staaten störende oder bedrohende Unternehmungen meinen Absichten fern liegt; als deutscher Fürst liebe ich mein deutsches Vaterland treu und aufrichtig, und nie würde ich — das versichere ich Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät ausdrücklich — wissentlich verlassen oder gut heißen, daß mit zu meiner Verfügung stehenden Mitteln, mögen sie mir schon zusitzen oder erst in Erfüllung des vorgedachten Vertrages zustimmen, feindselige Unternehmungen gegen Eure Majestät oder gegen den preußischen Staat direkt oder indirekt angestiftet oder gefördert werden.

Um so vertrauensvoller glaube ich mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß Eure Majestät allerhöchst sich nicht länger behindert erachten werden, den oben gedachten Vertrag zur Ausführung bringen zu lassen. Mit der Versicherung der vollkommenen Hochachtung und Freundschaft verbeibe ich.

Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät freundwilliger Bruder und Bruder

Lothringerhaus Wien-Penzing, den 10. März 1892.

An des deutschen Kaisers und Königs von Preußen Majestät.

Von Preßstimmen liegen über den Abschluß der Angelegenheit des Welfenfonds erst vereinzelt vor. Doch kann schon jetzt die Prognose gestellt werden, daß die öffentliche Meinung im großen und ganzen mit dem Ausgang zufrieden ist. Es fehlt freilich auch nicht an Widerspruch; so schreibt der socialdemokratische „Vorwärts“:

Paris ist eine Messe, die 40 Millionen des Welfenfonds sind den formellen Bericht auf etwas Unverbares, die Aufhebung der Annexion Hannovers. Denn der Brief des Herzogs von Cumberland besagt klipp und klar, daß Ernst August sich mit dem Stand der Dinge abgefunden hat und ein für allemal resigniert, soviel Hannover in Frage kommt. Zur Sache selbst sei auch heute wieder von uns betont, daß die Auslieferung der vierzig Millionen, die bisher zur Besoldung von Reptilien, zur Subventionierung hilfsbedürftiger Schwiegerväter, hoher Beamter u. s. w. benutzt

worden sind, an den Herzog von Cumberland in keinem Betracht gerechtfertigt ist. Die Gelder des Welfenfonds sind hannoversches Staats Eigentum gewesen, sie gehören heute dem preußischen Staat und sind für öffentliche Zwecke, nicht für den Herzog von Cumberland zu verwenden, der keinen Anspruch auf den Fonds hat. Im Interesse der Steuerzahler ist gegen jede Maßregel zu protestieren, welche diesem klaren Thatbestand jenseit des Sohnes Georgs von Hannover ein Vermögen zuwendet, das dem preußischen Volke einzig und allein zukommt. Daran ändert die Friedensbotschaft des „freundwilligen Bruders und Bruders“ Ernst August auch nicht das Mindeste. Hände weg! bleibt die Lösung. Aber der preußische Landtag wird so sicher über den Stock springen, wie er die natürliche Verwertung der Bourgeoisie ist, er wird der Regierung auch den Welfenfonds abportieren.

Auch die „Voss. Ztg.“ bemängelt, daß der Herzog von Cumberland keinen Verzicht auf sein hannoversches Prätendententhum ausgesprochen hat. Aber diese und ähnliche Bedenken werden es nicht verhindern, daß die Aufhebung des Welfenfonds in der preußischen Volksvertretung ernstlich Widerstände nicht begegnet. Dem Welfenfonds, dessen mißbräuchliche Verwendung zur Corrumplirung der Presse etc. allgemeines Aergerniß erregt hat, weint niemand ein Thräne nach. Man kann sich Glück wünschen, daß dieses Aergerniß aus der Welt verschafft ist und daß wir damit ein weiteres Inventarium aus der Bismarck'schen Erbschaft los werden. Und wenn sich die Berliner „Börsen-Ztg.“ von „hochachtbarer“ Seite schreiben läßt: „Die Politik unserer Regierung ist eine Versöhnungspolitik, sie erinnert immer lebhafter an die Versöhnungspolitik des Grafen Taaffe in Österreich, der die Herde gepflegt hat, um die Wölfe zu gewinnen. Graf Caprivi hat die Polen versöhnt, die Ultramontane entfützt und weiter die Welfen gewonnen“ — so halten wir es, bei aller Missbilligung vieler Caprivi'scher Regierungsmagimen neueren Datums, für unangebracht, die Welfenpolitik unseres Reichskanzlers mit der Nationalitätenpolitik seines österreichischen Collegen in eine Linie zu stellen.

## Die Freiconservativen und das Volksschulgesetz.

Die schon telegraphisch erwähnte Meldung der „Post“, daß sämmtliche Mitglieder der freiconservativen Partei bezüglich des Schulgesetzes auf dem von den freiconservativen Vertretern in der Commission eingenommenen Standpunkt stehen und daß eine Abbrückelung einiger Mitglieder der Partei von der Opposition gegen den gegenwärtigen Entwurf eines Volksschulgesetzes im Plenum durchaus nicht zu erwarten sei, wird uns als richtig bezeichnet. Die Freiconservativen verhalten sich in der Schulcommission durchaus nicht so, daß man annehmen könnte, sie würden zu den Conservativen und dem Centrum ab schwanken, zumal da diese keinerlei Entgegenkommen zeigen und die Regierungs-Vorlage fast nur verschlechtern.

Ob die beiden Lesungen in der Commission bis Ostern fertig werden, ist noch nicht zu übersehen; in der bevorstehenden Woche wird das Haus noch mit dem Cultusetat und eventl. Welfenfonds zu thun haben. Dann werden wieder wenig Plenarverhandlungen stattfinden, um der Schulcommission Zeit zu lassen.

## Der Entwurf des Schulgesetzes,

der dem Reichstag nun auch vorliegt, wird, wie man annimmt, auch in dem Falle, daß die Session vor Ostern zum Abschluß kommt, erledigt werden können, da über das Bedürfnis einer reichsgelehrten Regelung dieser Materie und über die Modalitäten derselben Meinungsverschiedenheiten kaum oder wenigstens nicht in erheblichem Umfange bestehen.

## Die Abänderungsanträge zum Krankenfassengesetz.

Genau einhundert Abänderungsanträge zu den Beschlüssen, welche der Reichstag in der zweiten Lesung des Krankenfassengesetzes gefaßt hat, liegen zu der heute beginnenden dritten Lesung jetzt schon vor, und darin sind die von socialdemokratischer Seite in Aussicht genommenen noch gar nicht eingebettet. Eine Mehrzahl der Anträge, die von Vertretern aller bürgerlichen Parteien in Vorschlag gebracht worden sind, heils lediglich redaktioneller Natur, theils bezeichnen sie eine Ergänzung der bereits gefaßten Beschlüsse, werden also im Plenum kaum erhebliche Debatten hervorrufen. Dagegen sind neuerdings auch eine Reihe von Anträgen principieller Bedeutung seitens Mitglieder der einen oder anderen Partei eingegangen, die zu einer erneuten Discussion der Vorlage führen werden. So wird von conservativer Seite (Graf v. Holstein) eine Änderung der Bestimmungen beantragt, die sich auf die Krankenversicherung der Dienstboten beziehen. Nach den früheren Beschlüssen soll dem Gehinde das Recht des Zutritts zu der Gemeindekrankenversicherung zustehen. Graf Holstein will einen Schritt weiter gehen und im allgemeinen die Zwangsversicherung der Dienstboten durch Gemeindestatut zulassen; die Verpflichtungen der Krankenkassen und der Dienstboten selbst aber auf diejenigen Fälle beschränken, wo denselben in Krankheitsfällen ein Rechtsanspruch auf Lohn nicht zusteht. Andererseits liegt ein national-liberal-freisinniger Antrag (Buhl-Gutleisch) vor, der die Zwangsversicherung der Handlungshelfen und Lehrlinge, welche nach der Regierungsvorlage beschlossen werden, nur insofern zulassen will, als durch Vertrag die denselben nach Art. 60 des Handelsgesetzbuchs zustehenden Rechte aufgehoben oder beschränkt sind. Im übrigen soll die Ausdehnung der Krankenversicherung auf diese Kategorien nur durch Gemeindestatut eingeführt werden können. Principielle Anträge zu den Beschlüssen, welche sich auf die Stellung der freien Hilfskassen

bezühen, liegen bisher nicht vor, was wohl als Beweis dafür anzusehen ist, daß der Bundesrat sich in dieser Hinsicht den Reichstagsbeschlüssen gefügt hat.

## Der Großherzog von Hessen +.

Gestern Morgen 1¼ Uhr ist der Großherzog Ludwig von Hessen endlich an den Folgen des Schlaganfalls verschieden, der ihn vor einigen Tagen getroffen hatte. Großherzog Ludwig IV., der seinem Oheim Ludwig III. am 13. Juni 1877 auf dem Thron folgte, war ein Sohn des Prinzen Karl von Hessen und der Prinzessin Elisabeth von Preußen, einer Cousine Kaiser Wilhelms I. Früh ins hessische Heer eingetreten, unterbrach er bald den Militärdienst, um auf den Universitäten Gießen, Göttingen und Bonn zu studiren; dann aber nahm er seine militärische Laufbahn wieder auf. Am 1. Juli 1862 vermählte er sich mit der Prinzessin Alice von Großbritannien, einer jüngeren Schwester des Kaisers Friedrich. Aus dieser Ehe sind fünf Kinder am Leben geblieben, der jetzt 23jährige, à la suite des 1. Garderegiments f. stehende bisherige Erbgroßherzog Ernst Ludwig und vier Töchter, von denen die jüngste, Prinzessin Alice, die früher oft als mutmaßliche Braut des Zarwitsch genannt wurde, noch unvermählt ist; Prinzessin Viktoria ist mit dem Prinzen Ludwig von Battenberg, Prinzessin Elisabeth mit dem Großfürsten Georg von Hessen, Prinzessin Irene mit dem Prinzen Heinrich von Preußen vermählt. Großherzogin Alice starb Ende 1878. Am Ariege des Jahres 1866 nahm der damalige Prinz Ludwig als Commandeur einer hessischen Infanterie-Brigade Theil. Nach dem Frieden und nach dem Abschluß der Militärkonvention mit Preußen übernahm er das Commando der hessischen (25.) Infanteriedivision, die einen Theil des 9. Armeecorps bildete, und an deren Spitze er den Ariege gegen Frankreich 1870/71 mitmachte. In der Schlacht bei Gravelotte und in den Räumen an der Loire hat er sich besonders ausgezeichnet. Auch nach dem Friedensschluß blieb er bis zu seiner Thronbesteigung Commandant der hessischen Division. Als Herrscher leitete er die Regierung seines Landes nach gemäßigt liberalen Grundsätzen, denen er trotz mancherlei Versuchen, ihn in entgegengesetzte Bahnen zu drängen, bis an sein Lebensende treu blieb. Unvergessen ist sein manhaftes, unverdächtiges Eintreten gegen das Überwuchernde des Antisemitismus. Der Verstorbene war Generaloberst der Infanterie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls und General-Inspecteur der 3. Armee-Inspektion; er war ferner Inhaber von drei großherzoglich hessischen Regimentern, Chef des 1. hessischen Infanterie-Regiments Nr. 81, ferner Chef eines bairischen, eines österreichischen und eines russischen Regiments. Auch war er Ritter des Schwarzen Adlerordens. Erwähnt sei noch, daß der vor drei Jahren verstorbene Prinz Alexander von Hessen, der Vater des jetzt verstorbenen Großherzogs war.

Nach dem frühen Tode der Großherzogin Alice bestand Jahre lang die Absicht, eine Vermählung zwischen dem Großherzog und seiner Schwägerin, der britischen Prinzessin Beat

seht. Die kaiserliche Familie brachte den heutigen Tag in stiller Zurückgezogenheit zu. Auf dem Palais der Kaiserin Friedrich, Unter den Linden, wurde sofort nach dem Bekanntwerden die Flagge auf Halbmast herabgelassen. Der Prinz und die Prinzessin Heinrich von Preußen werden vorläufig noch in Darmstadt verbleiben."

Wie über die letzten Stunden des Großherzogs Ludwig verliefen, schien der kritische Moment im Besitzen desselben bereits Sonnabend Nachmittag 5 Uhr eingetreten zu sein. Rasch wurden alle Mitglieder der großherzoglichen Familie, die Minister, die Mitglieder des Hofstaates und der Oberhofprediger herbeigeholt. Als dieselben versammelt waren, besserte sich der Zustand des Großherzogs wieder etwas, bis sich das Rasseln in der Luftröhre einstellte. Der Großherzog holte mit großer Energie Atem; allmählich wurde die Atmung aber schwächer. Um 1/4 Uhr Nachts verschied der Großherzog sanft unter den Gebeten des Oberhofpredigers und in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der großherzoglichen Familie. Der Verstorbene liegt jetzt mit Generalsuniform bekleidet auf dem Sterbelager im Bibliothekszimmer. Zahlreiche Trauerkundgebungen und Kranspenden gehen im Schlosse ein. Die Stadt ist in großer Trauer, die Flaggen sind halbmast gesenkt, viele Häuser haben Trauerschmuck angelegt.

Das Darmstädter "Regierungsblatt" von gestern veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach welcher Großherzog Ernst Ludwig die Regierung des Landes angetreten hat. Anlässlich des Ablebens des Großherzogs Ludwig IV. ist eine zwölfjährige Landesträger angeordnet worden.

### Der Strike der Kohlenbergwerksarbeiter in England

hat schnell riesige Dimensionen angenommen. Der Londoner "Standard" vom 11. März schreibt darüber:

"Sie seit den Tagen, in welchen sich der gesamte römische Plebs, Männer, Frauen und Kinder, nach dem heiligen Berg zurückzog, hat ein so gewaltiger Strike wie der der Kohlenbergleute stattgefunden, welcher heute seinen Anfang nahm. Nahezu an 100 000 Arbeiter haben heute Morgen in Durham ihr Handwerkszeug aus den Eingewinden der Erde mit sich an die Oberfläche genommen, desgleichen 70 000 Mann in Yorkshire, 80 000 in Staffordshire, 10 000 in Wales und 5000 in Warwickshire. Sie haben gesprochen und gehandelt. Noch größer ist jedoch die Zahl derer in Schottland, Wales, Northumberland und den Binnenbezirken, welche ihre Entscheidung noch nicht hundgegeben haben. Wenn nur ein Theil von ihnen sich der Bewegung anschließt, so werden die feiernden Bergleute eine halbe Million zählen. In der Betrachtung dieser Zahlen liegt ein gewisser Trost. Eine solche Menge kann nicht lange aushalten. Zahlreiche Höchsen, Gießereien, Maschinenfabriken und Töpfereien haben den Betrieb bereits eingestellt oder ihren Angestellten für die nächsten Tage gekündigt. In Durham sollen heute ebenso viele Fabrikarbeiter wie Bergleute müßig sein. In Nord-Staffordshire haben die meisten Arbeitgeber ihren Betrieb eingestellt oder die Arbeitszeit gekürzt. Ein solcher Zustand der Dinge kann nicht einmal Tage dauern. Man muss die Möglichkeit seiner Länge nach Stunden berechnen. Dementsprechend hat das Steigen der Kohlenpreise bereits aufgehört. Unserer Ansicht nach hätten die Bergleute ihr Gerät heute nicht niederzulegen brauchen, da sie ihren Zweck, die Kohlenvorräthe zu reduzieren, bereits durch die bloße Drohung erreicht hatten. Die Vorräthe sind jedoch an die alten Abnehmer verkauft worden. Mithin hat die Nachfrage nachgelassen. Und wenn die Bergleute die Arbeit wieder aufnehmen, werden sie die Preise niedriger als vor ihrem Feiertag" enden.

Über den weiteren Verlauf der Dinge wird aus London von gestern telegraphisch gemeldet, daß die strikken Bergleute die Kohlenträger an der Themse und am Tyne zu überreden suchen, aus dem Ausland kommende Kohlen nicht auszuladen. Heute und morgen werden belgische Kohlenschiffe in London erwarten. — Von heute wird und wird uns ferner telegraphiert:

London, 14. März. (W. T.) Der Bergarbeiterstrike umfaßt sämtliche Bergarbeiter in den Districten Manchester (68 000 Mann), Nordwales (10 000), Nottingham (20 000), Bristol (4000), Derbyshire (25 000), Durham (90 000), nebst einer großen Anzahl in anderen Gegenden. Die Gesamtzahl soll 300 000 überschreiten. Der Strike wird bestimmt eine Woche, in einigen Districten zwei Wochen dauern.

### Milans Entlassung aus dem serbischen Untertanenverbande.

Das Belgrader Amtsblatt vom Sonnabend publicirt die Entlassung Milans aus dem serbischen Staatsverbande auf Grund eines von den Ministern des Innern und der Auswärtigen Angelegenheiten bestätigten Entlassungsdokumentes der Stadtpräfektur vom 4./16. Oktober 1891. Die Publikation rüft rücksichtlich der Form und des Datums, sowie weil die Skupichtina über die Resignation Milans noch nicht entschieden hat, und auch innerhalb des Staatsrates noch Meinungsverschiedenheit über die Zulässigkeit einer derartigen Gesetzgebung vorherrschen soll, allgemeines Befremden hervor. Die Blätter erklären gleichfalls eine Resignation für unzulässig und für eine eclatante Verfassungsverletzung, bzw. einen Anlaß, welcher eine Änderung der Verfassung fordere, deren unberechenbare Consequenzen geeignet seien, berechtigte Besorgnis einzuflößen.

Inzwischen hat sich Milan um das ungarische Staatsbürgertum beworben, doch ohne Erfolg. Jetzt will der Exkönig schweizer Bürger werden.

### Deutschland.

Berlin, 12. März. Von Bukarest war die Meldung verbreitet worden, daß Kaiser Wilhelm zu den mit der Probemobilmachung längs der Festungslinie Galatz-Johoschan stattfindenden Herbstmanövern in Rumänien eintreffen werde. Auf Grund zuverlässiger Erkundigungen erklärt die Köln. Ztg., diese Mitteilung als durchaus ungründlich bezeichnen zu können. Der Kaiser wird keinesfalls in diesem Jahre nach Rumänien reisen. Sein diesjähriges Programm steht in den Grundzügen schon heute fest; es umfaßt wiederum eine Norrlandsfahrt nach Norwegen, etwa in den Grenzen der vorsährigen Reise, aber ohne Er-

streckung auf das Nordcap, ferner einen Besuch in England und schließlich im Herbst die Kaisermanöver, die insbesondere zu einem längeren Aufenthalt in Württemberg und dem Elsass führen werden. Zu einer Reise nach Rumänien läßt dieses Programm schon jetzt keine Zeit mehr übrig.

\* [Ueber das Besinden des Kaisers] erfährt das "B. Ztg.", daß die Besserung in regelmäßiger Weise fortstretet. Seine Majestät hatte auch gestern im Laufe des Vormittags das Bett verlassen, um sich in sein Arbeitszimmer zu begieben. Zur Frühstückstafel waren keine Einladungen ergangen.

\* [Kaiser Wilhelm] hat, wie aus London gemeldet wird, eine in England erworbene Yacht "Meteor" für die Regatta in Cowes um den Becher der Königin anmelden lassen und wird den "Meteor" wahrscheinlich in Person führen. \* [Der Kaiser und die Arbeitslosigkeit.] Das lebhafte Interesse, welches der Kaiser dem Wohlgehen der Arbeiterschaft entgegenbringt, hat sich, wie die "B. Pol. Nachr." mittheilt, neuerdings auch darin hundgegeben, daß von den hauptsächlich beteiligten Centralstellen des Reichs und Preußens Bericht darüber erforderlich ist, ob und in welchem Umfange durch Erhaltung bzw. Vermehrung der Arbeitsgelegenheit der Arbeitslosigkeit mit ihren schlimmen Wirkungen vorgebeugt werden kann.

Wir möchten dazu bemerken, daß sich Arbeitsgelegenheit für viele Tausende bieten würde, wenn die Eisenbahn- und Bauverwaltung nur diejenigen Arbeiten, für welche das Geld bereits bewilligt ist, baldmöglichst anfangen würde.

\* [Mit der Liebesträger], welche aus Rom gemeldet wurde, hat es seine volle Richtigkeit, denn das Meiningen Regierungsblatt bestätigt die Nachricht aus Rom, wonach Prinz Ernst von Sachsen-Meiningen sich mit Fräulein Jensen, der Tochter des bekannten Schriftstellers, verlobt und der Vater des Bräutigams, Herzog Georg, seine Zustimmung zur morganatischen Verbindung ertheilt habe.

\* [Uebersiedlung des Hoses nach dem Neuen Palais.] Der Kaiser wird, wie aus Potsdam verlautet, mit dem gefämmten Hofstaat wahrscheinlich schon Ende dieses Monats nach dem Neuen Palais übersiedeln. Die Kaiserin hat dem Oberbürgermeister Voie von Potsdam, wie dieser am Freitag in der Stadtverordnetenversammlung mittheilte, persönlich erklärt, daß sie am liebsten in Potsdam bzw. im Neuen Palais wisse, und ihre alsbalige Uebersiedlung nach dort in Aussicht gestellt. Auf alle Fälle, so erklärte sie, wird von der kaiserlichen Familie das Osterfest schon in dem Neuen Palais begangen werden.

\* [Die deutsche Reichs- und freiconservative Partei] feiert am 21. d. ihr fünfzigjähriges Bestehen durch ein gemeinschaftliches Mittagmahl im Kaiserhof. Eine große Anzahl von früheren Mitgliedern der Partei im Reichstag und Landtag hat bereits ihr Erscheinen zugesagt.

\* [Tausch von Garnisonen.] Zum 1. Oktober 1892 haben die 4. Eskadron Ulanen-Regiments Kaiser Alexander III. von Russland (Westpreußischen) Nr. 1 in Ostrówno und die 5. Eskadron desselben Regiments in Miltitz die Standorte zu wechseln. Das Kriegsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen.

\* [Mecklenburgische Wahlblüthen.] Der Wahlkampf in Mecklenburg-Strelitz treibt wunderliche Blüthen. Conservative Agitatoren ziehen durch das Land und rühren die Werbefrommel. Wie es in den von solchen Leuten abgehaltenen Versammlungen mitunter zugeht, zeigt folgende, vom national-liberalen "Mecl. Tagebl." mitgetheilte Geschichte:

In dem Domänendorf Userin äußerte sich ein Rector Namens Bartold über die Verfassungsfrage einer so: „Die Liberalen wollen uns eine constitutionelle Verfassung verschaffen. Wissen Sie, was constitutionell bedeutet?“ „Nein“, sagten einige Dorfler. „Dat is so'n französisch Utdruk, un wat wie von 't Französche to hollen hewnen, weten Ii wolle von 1870/71. Dat docht nich!“ „Dat stimmt“, behaupteten einige Stimmen ex populo. „Na, so is dat ok mit de constitutionelle Verfassung.“ Dann wurde den Leuten, deren vielleicht 150–200 im Krug zusammen gekommen waren, erzählt, auf welche Weise Zucker und Kaffee durch die Jubberei vertheut würden etc.

Der gefunde Sinn der Mehrheit in der Gireltischen Bevölkerung wird auf solche Art der Agitation am 19. März hoffentlich die einzige richtige Antwort geben, indem sie für den liberalen Gutspächter Wilbrandt stimmt.

\* [Prehverfolgung.] Selbst das "Dermitsche", schreibt der Glogauer "Niederschles. Anz.", ist dem Späherlich scharfer Ordnungswacht nicht entgangen. Der "Gnesischer Generalanzeiger", ein politisch sicher noch unschuldiger Blatt als die "Berliner Neuesten Nachrichten", brachte einen Witz vom Kaiserhofe – hui, hatte ihn, den Witz und das Blatt, der Staatsanwalt. Es verbietet sich von selbst, die Anekdote wiederzugeben, eben weil sie ja bereits als staatsgefährlich uns bekannt ist, aber so darf verraten werden, sie enthielt das schreckliche Wort „Nörger“. — Schrecklich!

\* [Rundgebungen gegen den Volksschulgesetzentwurf.] In Saarbrücken schloß sich die Stadtverordneten-Versammlung einstimmig der Erklärung der städtischen Vertretung von St. Johann gegen den Volksschulgesetzentwurf an; es wurde beschlossen, eine Commission zur Beratung einer mit St. Johann und Mallstatt-Burbach gemeinsam zu berathenden Eingabe an den Landtag zu wählen. In Altena hat eine vom freisinnigen Wahlverein einberufenen großen Versammlung nach einem Vortrag des Hauptlehrers Greifler aus Barmen einstimmig eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf angenommen. — In Mannheim hat eine öffentliche Versammlung des demokratischen Vereins eine Resolution gegen den Volksschulgesetzentwurf beschlossen. — In Haynau hat in einer vom liberalen Verein einberufenen Versammlung der frühere Landtagsabgeordnete Gennarth einen Vortrag gegen den Schulgesetzentwurf gehalten.

\* [Der diesjährige Verbandstag der Grubbesitzer-Vereine] wird in Hamburg abgehalten werden und zwar am 7. August. Im vorigen Jahre fand der Verbandstag in Köln statt; die Grubbesitzer-Vereine haben sich kräftig entwickelt.

\* [Ueber den Stil des Berliner Dombauers] macht die "Volkstg." folgende sardonische Bemerkungen:

Gegen den Raschdorffschen Entwurf zum Dombau wird bekanntlich von kunstverständiger protestantischer Seite eingemeldet, daß derselbe mit seiner „katholischen“ Kuppel, sowie in seiner gesamten Anlage nichts vom Geiste der speziell protestantischen Kirchenbaukunst zeige, wie denn überhaupt die für den Dom gewählten Formen der italienischen Renaissance wenig

Originalität aufweisen. Wie uns mitgetheilt wird, soll seitens der Kreise, welche den hier erwähnten Einwendungen ein gewisses Gewicht nicht absprechen zu dürfen meinen, der Versuch gemacht werden, Herrn Professor Raschdorff zu einer nochmaligen Umarbeitung seines Projects zu bewegen, und zwar wird, wenn wir recht unterrichtet sind, dem Architekten unter Würdigung aller maßgebenden Verhältnisse nahe gelegt werden, einen Entwurf im byzantinischen Stil auszuarbeiten.

\* [Die „Kreuz-Zeitung“ gegen die Freizüglichkeit.] Die "Kreuz-Ztg." ärgert sich über Herrn v. Below-Saleske, der im deutschen Landwirtschaftsrath die unbeschrankte Freizüglichkeit als eine der Eigenschaften der heutigen Gesellschaft erklärte. Das wasserhafte Antlitz schwelten der großen Städte, sagt das Blatt, auf Kosten des platten Landes sei einzig und allein durch die schrankenlose Freizüglichkeit verschuldet worden. „Die jüngsten Karawane der „Arbeitslosen“ folsten uns einen deutlichen Fingerzeig geben, wohin wir steuern.“ Mit Phrasen diesen Kalibers wird man die Freizüglichkeit nicht erschüttern.

\* [Aus Posen schreibt man der „Nat.-Ztg.“:] In hiesigen polnischen Kreisen ist man sehr befriedigt über einen Erfolg, welchen der Erzbischof v. Gablewski soeben erzielt hat. Derselbe habe, so erzählt man, im Provinzial-Schulcollegium den Antrag gestellt, für die gemeinsame Dorschule der beiden Gymnasien, des evangelischen Friedrich Wilhelms- und des katholischen Mariengymnasiums, an sämtlichen katholischen Feiertagen den Unterricht ausfallen zu lassen, und die genannte Behörde habe diesem Antrage Folge gegeben. Selbstverständlich durften die Katholiken bisher, aber nicht ohne Schaden für sich und die Schule, an den katholischen Feiertagen fehlen; von jetzt ab werden auch die Nichtkatholiken, dem Wunsche des Erzbischofs v. Gablewski entsprechend, von dem Schulbesuch an den katholischen Feiertagen entbunden sein, von denen doch eine große Anzahl an unserer in den gewöhnlichen und Beamtenstädten überwiegend deutschen und nicht-katholischen Stadt ziemlich spurlos vorübergehen. Damit ist der erste Schritt nach dem Ziele gethan, welches sich die Polen und der Erzbischof v. Gablewski gesteckt haben mögen, der Theilung der Schule und der Rekatholisierung des Mariengymnasiums.

Halle a. S., 12. März. Gegen den "Generalanzeiger für Halle und den Saalkreis" ist nachträglich wegen Abdruks des Leitartikels der "Times" über die lezte Rede des Kaisers die Unterjuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden.

München, 12. März. Heute Vormittag 11 Uhr fand die (telegraphisch bereits gemeldete) feierliche Übergabe des vom Prinzregenten für die Feldherrnhalle gefüllten Armeeedenkmals statt, welche vom Prinzregenten mit einer kurzen Ansprache vollzogen wurde. Die Ansprache hat folgenden Wortlaut:

Mit Freude erfüllt mich der Gedanke, dem treuen und tapfern Heere aus Dankbarkeit und Anerkennung ein Denkmal zu errichten. Die Heldenstatue der bairischen Armee in alter und neuer Zeit sind mit ehrenem Griffel in der Geschichte verzeichnet. Auch in Zukunft – dessen bin ich überzeugt – wird das bairische Heer den anererbten Ruhm zu behaupten wissen und dem heuren Vaterlande ein sicherer Schirm und Halt sein. Seit Jahrhunderten sind die braven bairischen Krieger mit ihren Herrschern in Treue fest verbunden. So soll es bleiben jetzt und immerdar. Das malte Gott.

Die am Soctel befindliche Widmung lautet:

„Dem treuen, tapferen bairischen Heere in Dankbarkeit und Anerkennung Luitpold, Regent von Bayern.“

Die Feier trug einen rein militärischen Charakter; die Prinzen des bairischen Königshauses, die Generalität, die Truppen der Garnison, sowie Abordnungen sämtlicher bairischer Truppen und der bairischen Veteranen und Kriegervereine wohnten derselben bei. Unter Geschäftsfest und den Klängen des Präfentimarsches fiel die Hülle des Denkmals. Der Ariegsminister sprach sodann im Namen der bairischen Armee dem Prinzregenten den Dank aus. Nach beendigter Feier fand ein Vorbeimarsch der Truppen beim Ludwigdenkmal statt.

Der Kaiser Wilhelm, Kaiser Franz Joseph und Kaiser Alexander von Russland sandten herzliche Glückwunschräume.

### Coloniales.

\* [Zur Grenzregulirung im Ostafrika.] Wie der "Pol. Corr." aus Berlin gemeldet wird, befindet sich der Gouverneur des ostafrikanischen Gebiets, Herr v. Goden, augenblicklich in Tanga, um dort mit Dr. Peters und einem englischen Commissär sich über die Grenzregulirung zu verständigen. Als technischer Beirath ist Herrn Peters Dr. Vogel beigegeben worden.

Am 15. März: Danzig, 14. März. M-A.6.19. G.L.6.1. Weiteraussichten für Mittwoch, 16. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Briesch heiter, strichweise bedeckt mit Niederschlägen; feuchtigkeitsreicher Wind. Sturmwarnung.

Für Donnerstag, 17. März: Ziernlich kalt, wolig, teils heiter, windig. Sturmwarnung für die Küsten. Im Süden Niederschläge.

\* [Grenzregulirung der Wälle.] Guten Vernehmen nach sind seitens des hiesigen Magistrats Verhandlungen mit dem kgl. Kriegsministerium eingeleitet worden, welche darauf abzielen, auch schon vor dem etwaigen Erwerb der Festungswälle im Ravelin Jakob event. Abschich- und Einführungsarbeiten, vorbehaltlich späterer Regulirung des Kostenpunktes, vornehmen zu dürfen, um wenn die Erdarbeiten in der Heubuder Forst beendigt sind, erforderlichen Fälls wenigstens einem Theile der dort beschäftigten Arbeiter weitere Erwerbsgelegenheit zu schaffen. Das Kriegsministerium soll nun seine Geneigtheit, auf diesen Antrag einzugehen, zu erkennen gegeben haben. — Der von den hiesigen städtischen Behörden um seinen gutachtligen Beirath bei Festsetzung des künftigen Bebauungsplanes ersuchte Baurath Stübben aus Köln trifft morgen zu diesem Zweck hier ein.

\* [Von der Weichsel.] Die Eisbrechdampfer waren im Laufe des heutigen Vormittags bis in die Nähe von Pielsdorf vorgedrungen. Die Eisdecke reicht zur Zeit bis Mewe, doch ist das Eis schwach und mürbe, so daß es bald in Bewegung kommen dürfte. Der obere Strom ist fast eisfrei. Das Wasser fällt überall langsam weiter. Wie schon kürzlich bei Auln, so ist nach heutiger telegraphischer Meldung nun auch bei Marienwerder der Traject bei Tage und Nacht, und zwar per Rahn, wiederhergestellt.

\* [Volkss-Unterhaltungsabend.] Die von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung angeregten, für Februar zugänglichen Volks-Unterhaltungsabende, mit deren Einführung seit etwa Jahresfrist in Berlin,

Bremen, Lübeck, Görlitz, Leipzig u. c. seit Anfang dieses Winters auch in Bromberg zahlreiche glückliche Versuche gemacht worden sind, haben nun gestern auch hier die erste Probe sehr günstig bestanden. Schon lange vor der für den Beginn festgesetzten siebten Abendstunde war die Maximalzahl der auszugebenden Billets vollständig vergriffen und viele Hunderte mußten vor dem Bildungsvereinshause kehrt machen, da sie keinen Einlaß mehr erlangen konnten. Aber nicht nur sehr zahlreich war die Theilnehmerschaft, sie bildete auch eine glückliche Mischung aller Berufs- und Gesellschaftsklassen und ein musterhaft aufmerksam und dankbares Auditorium. Ein von einem Comité-Mitgliede geprologter Prolog, welcher in poetischen Worten die von aller Propaganda freie, rein gemeinhüige Tendenzen der Volks-Unterhaltungsabende darlegt, und der von Herrn Lehrer Weber dirigirt, von der Liedertafel des Bildungsvereins gesungenen Männerchor, „Das treue deutsche Herz“ eröffneten die Sanges an Gang und Alang, Wort und Bild reich und mannsfältig verschönten Abend. In einer gehaltvollen Ansprache, ausgehend von dem „Panem et Circenses“ im alten Rom, beleuchtete Herr Erster Bürgermeister Dr. Baumbach hierauf die Idee und den praktischen Nutzen der Volks-Unterhaltungsabende, die nur Nebenwollen oder gänzliches Verkennen als Volks-, Belebungsgesungen“ bezeichnen könne. „Brot und Spiele“ sei die Losung eines untergegangenen Weltreichs gewesen, die heutige heiße: „Arbeit und Volksbildung“. Sie sei auch die Parole für die Volks-Unterhaltungsabende, deren Redner auch hier die gebedeihliche Entwicklung wünscht. Darauf folgten im ersten Concerttheile die am Donnerstag schon angegebenen Solo-Lieder vorträge des Fr. Guhr und des Herrn Ferd. Reutener, alsdann zwei Liedereinlagen der Frau Clara Küster, welche den Nutzen der Volks-Unterhaltungsabende, die nur Nebenwollen oder gänzliches Verkennen als Volks-, Belebungsgesungen“ bezeichnen könne. „Brot und Spiele“ sei die Losung eines untergegangenen Weltreichs gewesen, die heutige heiße: „Arbeit und Volksbildung“. Sie sei auch die Parole für die Volks-Unterhaltungsabende, deren Redner auch hier die gebedeihliche Entwicklung wünscht. Darauf folgten im ersten Concerttheile die am Donnerstag schon angegebenen Solo-Lieder vorträge des Fr. Guhr und des Herrn Ferd. Reutener, alsdann zwei Liedereinlagen der Frau Clara Küster, welche den Nutzen der Volks-Unterhaltungsabende, die nur Nebenwollen oder gänzliches Verkennen als Volks-, Belebungsgesungen“ bezeichnen könne. „Brot und Spiele“ sei die Losung eines untergegangenen Weltreichs gewesen, die heutige heiße: „Arbeit und Volksbildung“. Sie sei auch die Parole für die Volks-Unterhaltungsabende, deren Redner auch hier die gebedeihliche Entwicklung wünscht.

\* Aus P

1 Arbeiter wegen Körperverletzung, 3 Bettler, 12 Dachlose, 1 Betrunkenen. — Gestohlen: 1 goldene Damenuhr, 1 Laken, gei. D. S., 3 Kinderhemden, 4 Mannshemden, 1 Wollhemd, 3 Handtücher, gei. D. S., 1 Paar Kinderhosen, 2 Servietten, 1 Nachtmütze, 1 Kopftuch, bezug, 6 Windeln. — Gefunden: 1 Brille, 1 grauer Beutel mit Geld-Inhalt, 1 Kästchen, Papiere auf den Namen Georg Petschat, 1 Taschentuch.

\* [Lohnzehrungen in Schankstätten etc.] Nach § 115 der Gewerbe-Ordnung war bisher zwecks möglichster Verhinderung der Ausbeutung der Arbeiter (Rutschsystem) bestimmt, daß die Gewerbetreibenden die Löhne ihrer Arbeiter baar in Reichswährung auszuzahlen haben und ihnen nicht Waaren credittieren dürfen. Die Überzeugung dieser Vorschrift steht nach § 148 a. d. eine Geldstrafe bis zu 2000 Mk. bzw. Gefängnis bis zu 6 Monaten nach sich. Nach verschiedenen Reichsgerichts-Entscheidungen fällt unter dieses Verbot auch die statt der Baarzahlung seitens der Arbeitgeber stattfindende Verabsolvierung von Marken oder Bons zur Entnahme von Lebensmitteln oder anderen Waaren bei bestimmten dritten Personen. Den Gewerbetreibenden selbst stehen in dieser Hinsicht laut § 119 ebenda deren Familienmitglieder, Gehilfen, Beauftragte, Geschäftsführer, Aufseher und Factoren, sowie andere Gewerbetreibenden gleich, bei deren Geschäft eine der hier erwähnten Personen unmittelbar beteiligt ist. Entgegenstehende Verträge sind nichtig. Zulässig ist nur die Gewährung von Wohnung, Feuerung, Landnutzung, regelmäßiger Beköstigung, Arzneien und ärztlicher Hilfe, sowie von Werkzeugen und Glossen zu den Arbeitsmärkten übertragenen Arbeiten, desgleichen die Verabsolvierung von Lebensmitteln zu einem die Anschaffungskosten nicht überschreitenden Preise. In diesen Fällen kann der Wert des so Geleisteten bei der Lohnzahlung in Anrechnung gebracht werden. Vorgenannte Bestimmungen wurden bisher oft in der Art umgangen, daß der Arbeitgeber bzw. dessen Beauftragter in hausmännischen oder Schankgeschäften — natürlich unter Vermeidung der verbotenen Markenverabsolvierung — für die bei ihm beschäftigten Arbeiter in Höhe des Wochenlohns die pünktliche Bezahlung der von ihnen während der Woche entnommenen Speisen und Getränke oder sonstigen Waaren garantirte. Der Geschäftsinhaber notierte alsdann die ausgelaufenen Schulden, und bei der in dem Geschäftskontakt stattfindenden Lohnzahlung wurden zwar die Löhne bar auf den Tisch gezahlt, jedoch zog der Geschäftsinhaber abseits von dem Lohn jedes einzelnen Arbeiters sogleich den ihm laut Schuldenverzeichnis zu kommenden Theil ab, so daß der Arbeiter diesen Theil gar nicht in die Hand bekam. Hierdurch wurde die Absicht des Gesetzes jedoch vereitelt, als bei diesem Zusammenspiel des Lohnauszahlenden und des Geschäftsinhabers, wobei erster gewöhnlich seine indirekt von den Arbeitern zu zahlenden Procente bezog, die Arbeiter gezwungen werden konnten, ihre Bedürfnisse in einem bestimmten Geschäft zu decken und vielleicht höhere Preise zu zahlen oder schlechtere oder mehr Waare zu entnehmen. Der Zwang lag darin, daß die Arbeiter, wenn sie dem zwar nicht ausgesprochenen aber faktischen Willen des Lohnzahlers nicht nachkamen, einfach der Kündigung, also dem Verlust ihrer Arbeit, ausgesetzt waren. Um diesem Mißstand möglichst vorzubeugen und zugleich, soweit angängig, den Arbeitern die Gelegenheit und die Versuchung zu entziehen, den erhaltenen Lohn, sei es ganz oder zum Theil, sogleich wieder in dem Geschäft zu verbrauchen bzw. gar zum Nachtheil der Familie zu vertrinken oder sonst zu vergeuden, ist durch § 115 a der Gewerbeordnungs-Novelle vom 1. Juni 1891 bestimmt, daß Lohn- und Abschlagszahlungen fortan in Gaff- und Schankwirthäusern oder Verkaufsstellen nicht mehr erfolgen dürfen, sofern nicht hierzu eine ausdrückliche Genehmigung seitens der unteren Verwaltungs-(Polizei-)Behörde ertheilt ist. Diese Bestimmung, deren Uebertragung nach § 148 zu 13 der Gewerbe-Ordnung mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mk. event. Haft bis zu 4 Wochen bedroht ist, tritt am 1. April dieses Jahres in Kraft.

-a [Wilhelmstheater.] Der Ringkampf zwischen dem stärksten Ringkämpfer Danzigs Herrn Kreisin und einem Mitgliede der im Wilhelmstheater engagirten Milontroupe hatte gestern ein sehr zahlreiches Publikum herangezogen, besonders die Gallerie war mit Leuten stark besetzt, die mit lebhafter Theilnahme dem Kampfe folgten und mit ermunternden Zurufen für den einheimischen Kämpfer Partei nahmen. Die Dauer des Ringkampfes war auf 5 Minuten festgesetzt. Sieger sollte der sein, der seinen Gegner so hart, daß er mit beiden Schultern den Boden berührte. Schon beim Auftreten der beiden Kämpfer war es zu erkennen, daß der schlanke und gewandte Milon nicht im Stande sein würde seinem Gegner zu widerstehen. Im Laufe des Kampfes stellte sich aber auch heraus, daß Kreisin an Kraft und Ringgeschicklichkeit der Stärkere war. Dreimal brachte er seinen Gegner zu Falle, doch wußte sich dieser immer mit großer Geschicklichkeit so zu drehen, daß er nur mit den Händen den Boden berührte. Nach dem vierten Wurfe half jedoch Herr Kreisin nach, und schon hatte er seinen Gegner so weit, daß dieser bereits mit einer Schulter den Boden berührte, als plötzlich die Unparteiischen mit „halt“ einschritten, da die 5 Minuten zu Ende waren.

Δ Neustadt, 13. März. In dem abgestatteten Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten für das Jahr 1891/92 gedenkt der Magistrat zunächst des im Jahre 1890 erfolgten Neubaus des Schulhauses für die höhere Töchterschule, welcher einen Kostenaufwand von 36.231 Mk. erfordert hat. An dieser halböffentlichen Schule mit 109 Kindern sind 5 Lehrerinnen und 1 Lehrer thätig. In der Stadtschule mußte wegen Übersättigung der vorhandenen 11 Klassen eine neue 12. Klasse eingerichtet und ein neuer Lehrer angestellt werden. Der Schulbesuch betrug 93,7 Proc., die Zahl der Schüler und Schülerinnen im Sommerhalbjahr 728, im Winterhalbjahr 677. Das königl. Gymnasium besuchten im Winterhalbjahr 150 Schüler. Der Magistrat beklagt die ungünstigen Erwerbsverhältnisse; eine Hebung des Wohlstandes der Einwohnerchaft sei nicht zu bemerken. Stehe das Ergebnis der Einkommensteuer-Veranlagung gemäß des Gesetzes vom 24. Juni v. J. auch noch nicht fest, so sei doch soviel sicher, daß der Ertrag keine wesentliche Änderung gegen die frühere Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer zeigen werde. Die Stadt und Umgegend sei arm, und um so drückender wirke die in Folge der wiederholten Missernten eingetretene anbauernde Theuerung. Handel und Verkehr bewegen sich in den engsten Grenzen, Concourse legten Zeugnis ab von der Unzufriedenheit des Gewerbestandes, mühsamer denn je friste die Arbeiterklasse ihr Leben. Wurde im Winter 1890/91 die hier eingerichtete Volksschule gerade vom Arbeiterstande vielsach verspottet und verschacht, so herrschte jetzt große Aufmerksamkeit über diese Einrichtung. Der Anfang zur Rüche sei ein recht lebhafter geworden — im vorigen Winter 4488 Liter — wird sich diesmal wohl um mindestens ein Drittel vermehren. Der eifrigsten Thätigkeit der hiesigen Wohltätigkeitsvereine, des Bautzendorfischen Frauen- und des St. Vincenz-Vereins, sowie der lebhaften Unterstüzung, die die Rüche bei der Bürgerschaft und in der Umgebung von Neustadt gefunden, wird dankbar gedacht. Die Rüche ist von ganz wesentlicher Bedeutung für die hiesige öffentliche Armenpflege, deren Laffen bis zur Unerträglichkeit zu steigen drohten. Für Zwecke der öffentlichen Armenpflege sind im Jahre 1890/91 6518 Mk. ausgewendet worden. Mit dem Eintritt frostfreier Witterung wird die Erweiterung der städtischen Wasserleitung nach dem westlichen Stadttheile in Angriff genommen werden. Der Bau werde etwa 12000 Mk. Kosten verursachen. Erhebliche Kosten werde der in Aussicht stehende Bau einer Kreischaussee nach Schönwalde der Stadt verursachen. Diese Chaussee wird einen größeren Theil der zur Stadt gehörenden Ländereien durchschneiden. Den innerhalb dieser Strecke erforderlichen Grund und Boden muß die Stadtgemeinde, so weit derselbe nicht bereits Communal-Eigentum ist, erwerben und dem Kreise unentgeltlich überlassen. Durch diese Mehraufwendungen, namentlich aber durch die beschlossene Übernahme der Kreis- und Provinzialabgaben, sowie

des Servizuschusses auf den Etat, gewinnt dieser ein ganz anderes Aussehen als bisher. Der Entwurf zum Haushalt-Etat schließt in Einschätzung und Ausgabe mit 57000 Mk. ab gegen 42000 Mk. für 1891/92. Demgemäß sollte der Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer auf 200 Proc. erhöht werden; wobei dann die bestehende Einbeziehung der Kreis- und Provinzialabgaben, sowie des Servizuschusses fortfällt. Da das Ergebnis der Staats-Einkommensteuer-Veranlagung noch nicht feststellt war in Aussicht genommen, falls der Zuschlag von 300 Proc. den etatismäßigen Bedarf übersteigen sollte, eine oder andere Monatsraten der Gemeinde-Einkommensteuer pro 1892/93 zu erlassen. Inzwischen ist seitens der Stadtverordneten-Versammlung in der Sitzung vom 11. d. Mts. in Folge verschiedener Abstimmung der Etat in Höhe von 52640 Mk. festgesetzt und der Zuschlag auf 266½ Proc. herabgesetzt worden.

Δ Berentz, 14. März. In welcher Weise in den Gewässern unserer Umgebung die Raubfischerei betrieben wird, dürfte aus dem Umstande ersehen, daß am letzten Freitag-Wochenmarkt von der Polizei hier bei mehreren Verkäufern mindermaßige Fische beschlagnahmt und versteigert wurden, wofür der Erlös 14 Mark betrug. Dazu stammten die Fische noch aus dem See eines Amtsvoivodhers in Dzimian, dessen Fischer mit einem verbotswidrigen Netz diese Fische gesangen hatten. Die strenge Ueberwachung des Fischmarktes kann allein dem Unwesen der Raubfischerei nicht steuern, da nur in seltenen Fällen die kleinen, nicht das Maß haltenden Fische zu Markt gebracht werden; diese werden vielmehr auf dem Lande verkauft und zum nicht geringen Theil auch den Schweden verfüllt. Aufgabe der Fischereipolizei-Organe (unlängst ist für diese Gegend auch ein Fischereiausschuss bestellt) muß es sein, die Ausübung der Fischerei an Ort und Stelle zu kontrollieren. Von unserem früheren Fischreichtum ist in den letzten Jahren auch nicht mehr eine Spur und geht es mit der rücksichtlosen Ausbeutung der Fischerei so weiter, dass wird auch der Rest unseres Fischbestandes verloren gehen. — Der hiesige Magistrat hat sich nach Anhörung der Vertreter der hiesigen Brauerei dafür ausgesprochen, daß im Wege einer zu erlassenden Polizei-Verordnung die Brauer gehalten sein sollen, die an die Auktionshalle abgegebenen Gefäße mit Vier dem Inhalt nach zu bezeichnen und für den richtigen Inhalt des Gefäßes nach der Bezeichnung auch verantwortlich zu sein.

w. Elbing, 13. März. Die große Kunstssteinfabrik von Stern in Stettin beabsichtigt sich an der Weltausstellung in Chicago zu beteiligen und hat sich mit der hiesigen Firma von P. Janzen behufs Mitbeihilfe in Verbindung gesetzt. Letzterer ist der ehrenvolle Auftrag zu Theil geworden, einen Entwurf zu einem Springbrunnen anfertigen, der in dem Ausstellungsräume, für welchen die Firma Stern 30 000 Mk. Miete zahlt, aufgestellt und in Thätigkeit gesetzt werden soll. Falls der Entwurf gelingt, wird die Firma P. Janzen auch die Ausführung derselben übernehmen.

Δ Zwickau, 12. März. Zum 1. April d. J. trifft eine evangelische Diakonissin aus dem Mutterhause in Danzig hierfür ein, um am hiesigen Orte als Krankenpflegerin für die Stadt und die nächste Umgebung zu wirken. Zum Zwecke der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel, der nothwendigen Controle ic. ist ein Diakonissen-Verein am hiesigen Orte unter dem Vorsteher des Herrn Pfarrer Graudenz ins Leben gerufen worden und es sind dem Vorstande noch die Herren Landratsamtsverwalter v. Glasenapp und Bürgermeister Wagner beigetreten. Durch Vermittelung des hiesigen Bautzendorfischen Frauen-Vereins sind dem Diakonissen-Verein heute bereits 400 Mark zu Vereinszwecken übergeben worden, und zwar 300 Mark, welche vom Hauptverein in Berlin erwirkt worden waren, und 100 Mark als einmaliger Jahresbeitrag des Frauen-Vereins, dessen Weitergewährung auch für die Folge in Aussicht gestellt worden ist. — In den benachbarten Dörfern Roslitzko wohnt eine katholische Diakonissin, deren Thätigkeit bisher auch segensreich gewirkt hat.

Δ Braudenz, 12. März. In der heutigen Sitzung des Kreistages ehrt man zunächst das Andenken des verstorbenen Stadtraths Engel, welcher dem Kreistage seit Einführung der Kreisordnung angehört hat. Es wurde dann u. a. beschlossen, das im Jahre 1884 aus dem Reichs-Invalidenfonds aufgenommene vierprozentige Darlehen von 350 000 Mk. schneller als bisher vorgesehen, und zwar schon bis zum Jahre 1914 zu tilgen. Der Antrag des Kreisausschusses, eine Natural-Berufungsstation in der Stadt Graudenz zu errichten und dafür 1000 Mk. zu bewilligen, wurde abgelehnt. Der Etat der Kreiscommunalkasse für 1892/93 wurde in Ennahme und Ausgabe auf 584340 Mark festgesetzt, d. i. 268 000 Mk. mehr als der laufende Etat. (Gef.)

-iz - Tablonowo, 12. März. Der Staatsanwalt hat heute Vormittag die Auslieferung der Leichen der vom Strasburger Juge überfahrenen Arbeiter Siebur und Alabuhow an die Angehörigen gestattet. Es ist der Arm vollständig vermaut und die Ferse abgeschafft, der Kopf überschlagen wurde, sofort tot war. Beide sind von der Maschine von hinten gefaßt worden und es wurde R. sogar noch ca. 150 Meter von der Maschine mitgeschleift. — Vom 1. April d. J. ab ist der Postmeister Fleck von hier nach Ziegendorf verkehrt. An seiner Stelle ist dem Postsekretär Kühlke aus Neidenburg die Vorsteherstelle des hiesigen Postamts übertragen worden.

n. Thorn, 13. März. Die 11 landwirtschaftlichen Vereine der Kreise Thorn, Rulm und Briese veranstalten am 2. Juni d. J. zu Rulmsee auf dem Terrain der Zuckerfabrik eine Gruppenfahrt zur Ausstellung und Prämierung von Vieh, Ackergeräthen und Maschinen. — Das Project, die Wasserkraft der Leibitzscher Mühlen zur elektrischen Beleuchtung unserer Stadt zu benutzen, wird jedenfalls durchgeführt werden, da sich die hiesigen Geschäftslute und Industriellen an dem Unternehmen ausreichend beteiligen wollen. Für die Durchführung derselben hat sich ein Consortium in Berlin gebildet, an dessen Spitze der Besitzer der Leibitzschen Mühle, Oberstleutnant Schulze, steht. Es wird auch beabsichtigt, die Wasserkraft durch Elektricität hierher zu leiten und zum Betriebe von Arbeitsmaschinen zu verwenden, wie eine solche Kraftübertragung schon bei Frankfurt a. M. mit großem Erfolg durchgeführt ist.

Königsberg, 13. März. Nach einem gestern hier eingegangenen amtlichen Telegramm sind in der Nacht zu gestern auf der Strecke Insterburg-Lötzen, in der Nähe der Station Sodehnen 12 Waggons eines Güterzuges entgleist. Verunglückungen von Menschen sind dabei nicht vorgekommen. (A. S. 3.)

W. T. Königsberg, 12. März. Der Aufsichtsrath der ostpreußischen Südbahn hat die Dividende für das verflossene Geschäftsjahr auf 5 Prozent für die Prioritätsaktionen und auf 1 Prozent für die Stammaktionen festgesetzt.

Rulm, 12. März. Dieser Tage starb auf seiner Beisetzung am Herzschlag der Gutsbesitzer Königsmann zu Griebenau im 62. Lebensjahr. Der Verstorbene hat dem Kreise seit dem Jahre 1853 als Großgrundbesitzer angehört und sich während dieser Zeit, namentlich seit Einführung der Selbstverwaltung, als langjähriges Mitglied des Kreistages und des Kreisausschusses, des Provinzial-Landtages und des Bezirks-Ausschusses durch seine rege Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten verdient gemacht.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, 12. März. Der gestern Abend eröffnete balneologische Kongress hörte in seiner heutigen Vormittagsitzung den Vortrag des Arztes Dr. Kämpler-Görbersdorf über Phisiolog-Therapie und die Koch'sche Methode, die er einer scharfen Kritik unterzog, indem er drei Stadien dieser Methode unterschied, ein solches des blinden Glaubens, ein solches der Reaction und ein solches der kleinsten Dosen nur gegeben in ganz bestimmten Fällen. Es knüpftet sobald daran seine eigenen Erfahrungen mit dem Tuberkulon, das er in Maximaldosen von 32 Mgr. gegeben. Von 40 Kranken, deren Behandlung Ende Februar v. J. beendet wurde, sind 17 inzwischen gestorben, erheblich geschädigt und

zwar zweifellos nicht ohne Schuld des Tuberkulon wurden 3, vorübergehend gebessert wurden 7, bei ihnen trat aber später wieder Rückfall ein, dauernd gebessert wurden 7, gesund gesund 4. Von den übrigen sind Nachrichten nicht zu erhalten gewesen. Morgen findet die Schlussfeier des Congresses statt.

\* [Das Heidelberger Schloß.] Schon seit längerer Zeit ist das herrliche Denkmal deutscher Renaissance, die heidelberger Schloßruine, das Gegenkind nicht nur unserer Regierung, sondern der ganzen gebildeten Welt, weil der Bau deutliche Spuren rathen Versalles aufweist. Im Jahre 1883 errichtete die Regierung in den Räumlichkeiten der Ruine selbst ein Baubureau, welches die Vorarbeiten zu einer gründlichen Untersuchung des Baues durchzuführen hatte, und außerdem veranlaßte sie verschiedene Gutachten hervorragender Bautechniker und Künstler über die geologischen Verhältnisse des Untergrundes, über den Zustand des Figurenschmucks und über die Frage eines wirksamen Schuhes vor weiterem Verfall. Die schließlich eingesetzte Commission hat sich einstimmig für die Erhaltung der bestehenden Ruine und gegen den angetragenen Gedanken einer Wiederherstellung des Schlosses ausgesprochen, weil letzteres die Summe von 30 Mill. Mark erfordern würde und es überhaupt fraglich sei, ob der heutigen Baukunst die Kraft zu einem solchen Aufbau innenwohne. Die zweite Kommission hat auf Antrag der Regierung vorläufig die Summe von 250.000 Mark bewilligt, die in allererster Reihe zur Entwässerung des gesamten Schlossterrains, ferner für die Abformung des plastischen Schmucks und endlich für die zunächst notwendigen Erhaltungsarbeiten verwendet werden soll. Das Land wird übrigens für die Opfer, welche es sich für diese Perle der Baukunst auferlegt, reichlich entschädigt. So betrug im vorigen Jahre die Zahl der eingeschriebenen Fremden, welche das Schloss besuchten, rund 184.000, obwohl sich die wenigsten Besucher ein-

schreiben.

Danzig, 14. März. Getreidebörsen. (S. v. Morstein) Wetter: Bezig. Temperatur: 30° R. Wind: W. Beizien sehr klein. Angebot in fester Tendenz. Beizahl wurde für inländische hellbunt 124/54 220 M. 125/44 222 M. per Tonne. Termine: April-Mai zum freien Verkehr 220 M. Br. 219 M. Gd. transit 181 M. Br. 180 M. Gd. Juni-Juli transit 184 M. Br. 183 M. Gd. Regulierungspreis zum freien Verkehr 220 M. transit 183 M.

Roggan flau, loco ohne Handel. Termine: April-Mai inländisch 214 M. Br. transit 178 M. bei. Regulierungspreis inländisch 213 M. unterpolnisch 181 M. transit 180 M. — Gerste ist gehandelt inländ. große 112½ 160 M. kleine 104/54 149 per Tonne. Hafer inländischer 140 M. per Tonne bei. — Wizen inländ. 117, 120 M. poln. zum Transit 91 M. per Tonne gehandelt. — Lupinen poln. zum Transit blaue 40 M. per Tonne beizahl. — Rüben russ. zum Transit Sommer 190 M. per Tonne gehandelt. — Gedrechsler inländischer 90 M. per Tonne beizahl. — Kleefasen weiß 20, 50, 54, 60, 66, 66½, 67 M. roth 45, 46, 47, 50, 51, 52, 53 M. Geradella 5 M. per 50 Kil. gehandelt. — Spiritus contingentier loco 43 M. Gd. per März-Mai 42½ M. Gd. nicht contingentier loco 43 M. Gd. ver März-Mai 42½ M. Gd. — Lupinen poln. zum Transit blaue 40 M. per Tonne beizahl.

## Produktenmärkte.

Röningsberg, 12. März. (Wochenbericht von Portarius und Grothe). Spiritus sehr matt und niedriger ein und blieb auch durch die ganze Woche bei flauer Haltung in rückläufiger Preisbewegung. Die geringen Ankünfte waren nur schwer in den ermäßigten Preisen unterzubringen, da häufiger eine sehr reservirte Haltung zeigte, auch verlor das Termingeschäft in bisheriger Leb- und Lustlosigkeit. Zugföhrt wurden vom 5. bis 11. März 85.000 Liter, gehünigt 5000 Liter. Beizahl wurde loco contingentier 63,35, 63½, 62½, 62, 62½ M. per Gd. nicht contingentier 44, 43½, 43¼, 42½ M. und Gd. März contingentier 43½, 43¾, 43½, 43½ M. Gd. Frühjahr nicht contingentier 46½, 46, 45½ M. Br. Mai-Juni nicht contingentier 47, 46½, 46 M. Br. Juni nicht contingentier 47½, 47, 46½ M. Br. Juli nicht contingentier 48, 47½, 47 M. Br. August nicht contingentier 48½, 48 M. Br. 46½ M. Gd. — Alles pro 10.000 Liter ohne Zähler.

Berlin, 12. März. Weizen loco 195—217 M. per April-Mai 198—194, 195—197, 200—205 M. per Juni-Juli 199—205, 205 M. — Roggen loco 200—208 M. außer inländ. 205,50 M. ab Bahn, per April-Mai 209—206, 207, 207, 205 M. per Mai-Juni 208, 25—206—207, 206, 207, 206, 207 M. per Juni-Juli 206, 25—203, 50—204 M. per Juli-Aug. 191, 50—189, 50 M. — Hafer loco 150—172 M. — Weizdeut. 152—156 M. ost und weipreuth. 151—155 M. pom. und udmärk. 153—157 M. feiner schiel. mährischer und böhmischer 160—166 M. a. B. per April-Mai 152—151, 25—151, 50 M. per Mai-Juni 153—152, 50 M. — Mais loco 135—140 M. per April-Mai 118, 50 M. per Juni-Juli 118, 75 M. — Gerste loco 150—153 M. — Kartoffelmehl loco 33,00 M. — Trockene Kartoffelfärberei loco 18,50 M. — Erdbeer loco Futterware 158—167 M. Hochware 185—240 M. — Weizenmehl Nr. 0 28,75 bis 27,00 M. Nr. 0 25—22,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 28,25—27,00 M. ff. Marken 31,00 M. per März 28,25—28,35 M. per April-Mai 28,40—28,10—28,20 M. per Mai-Juni 28,35—28,10—28,20 M. per Juni-Juli 28,30—28,05 M. — Petroleum loco

Empfehlung meine Spezialitäten in:

Port-, Sherry-, Malaga-, Madeira-, Moscatel-, Marsala-, Alicante-

und anderen südländischen Weinen, im Preise von Mk. 1,50 bis 12 per Flasche incl.

A. Wirth, b. d. A. Hengen, Nr. 18.

Meine Urbanus-Pillen, seit 3 Jahrhunderten beliebt, billiger und besser als Schweizer- und ähnliche Pillen, sind medizinal-amtlich begutachtet, werden von vielen Aerzten verordnet und auf einer Attelle vor ausgezeichnete Wirkung bewirkt. Bei Störungen der Verdauung: Magendrüsen, Hölle und Schwindel im Kopf, Kopfschmerzen, Giddens, bitteres Aufstoßen, Appetitlosigkeit, tragen unregelmäßigen Stuhlgang, Hämorrhoiden u. c. Sie sind eine vorzüliche Erleichterung und bewährt bei Fiebern, Fechtlichkeit und ihren Folgen, überhaupt jeder unangenehmen Zeitbildung. Geschwüren, Rheumatismus und Co. bei Blutarmut und Bleichsucht neben Eisenmitteln, sowie bei Arzneien oder direkt von Dr. Oberhage, Baderhorst.

## Wilhelm-Theater.

Dienstag, den 15. März 1892.

Gürtel-

## Ringkampf

zwischen den Herren

## Robert Kresin

und

## Ernst Milon (dem Dicke).

Prämie:

Prämie:

Mark 300.

## Turnerische Vorstellung des Danziger Turn- und Fecht-Bereins

zum Besten

für den hiesigen Turnballen-Bausfonds,  
Sonnabend, am 19. März 1892, Abends 8 Uhr,  
im Schützenhaus-Saal,  
(Eingang von der Parkseite.)

Programm: Stabreigen, Barrenturnen, die Jockens, Barrenturnen, Marmorguppen, Operette: "Die Gerichtsscene", Reckturner und Recksprünge.  
Eintrittspreise: Nummerierte Plätze (Saal und Loge) a 1,50 M., dergleichen Familienkarten für 5 Personen 6,00 M., unnummernierte Plätze (Saal und Loge) a 1,00 M., dergleichen Familienkarten für 5 Personen 4,00 M.  
Die Eintrittskarten sind bei den Herren Giese & Ritterfeldt, Langgasse 47, zu haben.

Aus der Liqueursfabrik

Julius von Götzen-Danzig  
empfiehlt nachstehende

Danziger Specialitäten  
in vorzüglichster Qualität:

Danziger Goldwasser,

Auffürstlichen Magen,

Stockmannshofer Pomeranzen 00,

incl. Flasche à M. 1,50.

Ein mit oben genannten Liqueuren polsteriges Kästchen wird

incl. Kiste und Porto für 5 M. verkauft.

5510 J. M. Kutschke,

Danzig: Langgasse 4. Soppot: Seestraße 12.

Delicatessen, Conserve, Süßfrüchte, Colonialwaren.

Bertha Fathke, Johannes Busch, Berlitz.

Milwaukee, Wisconsin, Nord-Amerika, im Februar 1892.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Abend 9 1/2 Uhr entstieß sanft im 85. Lebensjahr unsere geliebte Schwester, Tante Großmutter und Cousine, die vermisste Frau.

Dr. Emilie Ramberg geb. Esse.

Danzig, den 14. März 1892.

Die hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Nachm. um 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Kirchhofes statt.

W. Wohlthäfer des Reinick-

stifts

findet statt am Donnerstag, 24. März 1892.

Rathaus 5 Uhr, im Hause Hundegasse 57, 1 Tr.

Tagesordnung:

1. Bericht der Revisoren.

2. Ertheilung der Decharge pro 1891.

3. Geschäftsbericht pro 1891.

4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern.

5. Feststellung des Etats pro 1892.

Um recht zahlreiche Beteiligung bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

342

Heute früh 7 1/2 Uhr entstieß mein lieber guter Mann, unser ferner Vater, Bruder, Großvater und Schwiegervater, Onkel und Schwager, der Rentier.

Louis Heinrich Geppelt

im 66. Lebensjahr.

Dieses zeigen allen Freunden und Bekannten, um Hilfe bei der Beisetzung zu bitten.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Langfuhr, 13. März 1892.

Heute früh 7 1/2 Uhr entstieß mein lieber guter Mann, unser ferner Vater, Bruder, Großvater und Schwiegervater, Onkel und Schwager, der Rentier.

Hans.

Danziger Privatpost,

Geschlossene Briefe 2 1/2.

Drucksachen (offen) 1 1/2.

Loose zur Königsberger Pferde-Lotterie a 1 M.

Loose zur Lotterie für die Feuerwehren Preußens a 1 M.

Loose zur Marienburg-Glockenbau-Lotterie a 3 M.

Loose zur Freiburger Glockenbau-Lotterie a M. 3.

Loose zur Göttinger Pferde-Lotterie a 1 M.

vorrätig bei

Th. Berling.

## Neuheiten

für die

## Frühjahrs- und Sommer-Gaison

in großer Auswahl und allen Preislagen

empfiehlt

## Das Herren-Garderoben-Geschäft

von

## Bruno Gosch,

45, Langgasse 45, 1. Etage,

Eingang von der Matzkauschengasse.

45, Langgasse 45, 1. Etage,

Eingang von der Matzkauschengasse.

Restaurant Heering.

Alt. Graben Nr. 71.

Heute Montag:

Freikonzert,

ausgeführt von der Kapelle des Herrn Wolf, wozu ich höflichst einlädt.

(375)

Freundschaftlicher Garten.

Höchster - Bräu - Special - Auschank.

Mittwoch, den 16. März.

Concert. humoristische

Vorträge.

Eintritt 25 Pf.

Fritz Hillmann.

Hundehalle.

Montag, den 14. März:

Großes Frei-Concert,

ausgeführt von der Kapelle des Gren. Regts. König Friedrich I., wozu ergebnist einlädt.

H. Steinmacher.

Deinerts Hotel, Oliva.

Mittwoch den 16. März 1892,

findet dagebst ein

Concert

des Streich- und Schlag-Dütters der Familie Wendebeiter

statt.

Anfang 8 Uhr.

Gitarre 7 1/2. Familienbillets 3

Glück 1,75 M.

Billets im Vorverkauf sind im Concert-Lokal zu haben.

Apollo-Saal,

Hotel du Nord.

Dienstag, den 15. März 1892,

Abends 7 1/2 Uhr:

Concert

von Clara Küster

unter äußerer Mitwirkung der Herren Georg Schumann und Ferdinand Reutener.

Billets zu numerierten Sitzplätzen a 2 M., zu unnummernierten a 1,50 M., Sitzplatz a 1 M. sind in der Musikhallenhandlung von Herrn

H. Lau, Langgasse 71, u. Abends

an der Kasse zu haben. (359)

Concert.

Sonnabend, den 26. d. M.,

Abends 7 1/2 Uhr,

im Apollo-Saal.

Frl. Malwine Daniela

(Goprav).

Mr. Max Paul

(Enr. Tenor.)

Vom hiesigen Stadt-Theater.

Hr. Carl Fuchs

(Clavier).

Flügel von Beckstein aus dem Magazin von Behnhaus.

Claviercompositionen von Brahms, Mozart, Beethoven, Chopin, Liszt.

Arien von Boieldieu, Verdi, Duett von R. Schumann.

Billets a 3 M., 2 M., 1 M. (Sitzplatz) in der Musikhallenhandlung von C. E. Messen.

Langenmarkt. (405)

Danziger Stadttheater.

Dienstag: P. E. Bei ermäßigte Preisen.

Durch billets haben Giltigkeit. Die Zauberflöte.

Mittwoch: P. P. A. Benes für gefällige Mitwirkung von Jenny von Weber, Anna, die Wirthin zum goldenen Lam.

Donnerstag: P. B. Zennhäuser und der Sängerchor auf der Wartburg.

Wilhelm-Theater

Direction: Hugo Meyer.

Dienstag, Abends 7 1/2 Uhr.

Große Specialität - Vorst.

Grotes Auftreten des phänomenalen Schrägrahmtheitkunst.

Ben Abdulla,

Die Fahrt vom Eiffelthurm.

Miz Alma,

Equilibrist auf rollender Augel.

tonie Auftr. d. ges. Künstlerpers.

Zum Schluss

Stellenvermittlung.

Für eine Privatschule wird eine geprüfte Lehrerin, entweder aus Oppot oder Langfuhr gesucht.

Adressen unter F. L. Oliva postlagernd erbeten.

(252)

J. M. Kutschke, Langgasse 4.

Prima Weichsel-Caviar

vor 10 50 M.

ff. Räucherlachs,

ff. Goth. Cerv.-Wurst,

ff. Braunschweiger Mett-Wurst

empfiehlt

Otto Boesler,

vorm. Carl Studt,

Heilige Geistgasse Nr. 47.

1-2 Schüler der

# Beilage zu Nr. 19411 der Danziger Zeitung.

Montag, 14. März 1892.

## Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 12. März.

Zwölfte Berathung des Cultusfests. Zur Berathung steht wiederum der Normalstatat. Zur Durchführung des Normalstatats von 1892 werden 1400 000 Mk. verlangt. Der Ausgabefest und die zum Normalstatat gestellten Anträge waren mit dem Normalstatat der Budgetcommission überwiesen worden.

Ref. Abg. Gattler: Die Commission war der Meinung, daß dem Antrag Rickert, den Normalstatat zu einem Theil des Staats selbst zu machen, nicht stattgegeben werden könnte, weil sonst das Ganze nicht zur Ausführung gelangen würde, wenn auch nur über eine kleine Einzelheit Meinungsverschiedenheit stände. Die Budgetcommission beantragt daher, den Titel zu bewilligen und den Normalstatat durch die Bewilligung für erledigt zu erklären, jedoch mit dem Erfüllen an die Regierung, auch über vier Jahre hinausgehende Thätigkeit als remunerirter Hilfslehrer, sowie von der früheren Dienstzeit des Leiters einer Anstalt als wissenschaftlicher Lehrer einen solchen Theil für anrechenbar zu erklären, bis ihm in seiner Stellung als Leiter ein gleich hohes Gehalt gewährt werden kann, wie es ihm zustehen würde, wenn er in der Stellung eines wissenschaftlichen Lehrers geblieben wäre. (Der letztere Beschluß entspricht dem Antrage Arapatschek.) Die anderen Anträge beantragt die Commission abzulehnen.

Abg. Schulz-Bodum (nat.-lib.): Der Normalstatat löst eine alte Schuld an die Gymnasiallehrer wenigstens zum Theil ein. Aber man wird nicht umhin können, das, was jetzt gewährt wird, nur als eine Abschlagszahlung zu betrachten. Gegen den Charakter der Förderung als Dispositionsfonds äußert Redner verschiedene Bedenken. Hr. Knörke habe nicht Unrecht gehabt, wenn er die Befürchtung ausprach, daß ein Streberthum großgezogen werde. Zu vermeiden wäre das nur, wenn wir ideale Menschen und ideale Zustände hätten.

Abg. v. Arapatschek (conf.): Wir halten es nicht für angezeigt, die Frage, ob der Landtag berechtigt ist, Anträge zum Normalstatat zu stellen, heute zu entscheiden. Die Majorität kann die Anträge nicht annehmen, weil das den unangenehmen Erfolg haben würde, daß der Normalstatat überhaupt nicht zur Annahme gelangt. Ich bitte Sie also, sich dem Antrage der Commission anzuschließen.

Abg. Korsch (conf.): Wenn in der Commission gesagt worden ist, daß der vorliegende Normalstatat alle Wünsche der Lehrer befriedige, so ist das zu bestreiten. Die jetzige Lage der Lehrer entspricht auch nach dem Normalstatat noch nicht den sozialen Ansprüchen ihres Bildungsganges. Einem Fortschritt bedeute der Normalstatat aber allerdings; bei der gegenwärtigen Situation ziehe ich meinen Antrag auf Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern ersten Instanz zurück, da gegen werde ich mit einem Theile meiner Freunde die nationalliberale Resolution befürworten.

Abg. Bülow-Wandsbeck (freicong.): Erklärt, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage Mehrausgaben für die Lehrer nicht gemacht werden können. Aus diesem Grunde will er gegen alle Anträge stimmen, welche über die Forderungen des Normalstatats hinausgehen.

Abg. Rickert: Ich bedaure, daß wir eine so wichtige elatsrechtliche Frage so schnell durchgespielen müssen. Wir tragen nicht die Schuld, daß das Herrenhaus den Staat wieder sehr spät bekommen wird, denn die Denkschrift über den Normalstatat ging uns nur 2 oder 3 Tage vor der Verhandlung in der Commission zu, in welcher die Sache leider nicht gründlich genug erörtert ist. Ich verstehe es, wenn der Finanzminister die elatsrechtliche Frage der Sache jetzt nicht gelöst zu sehen wünscht; sondern sie bis zur Vorlegung eines Comptabilitätsgefeß verlagen will, das ist begreimer, aber gerade das kann ein bedenkliches Prädikt werden, auf das der Minister sich nachher berufen kann. Ich lege deshalb Verwahrung gegen diese incorrecte, dem Elatsrecht nicht entsprechende Lösung der Sache ein. Alle Parteien im Lande, conservative und liberale, und namentlich alle Lehrer erwarteten sicher, daß die durch den Normalstatat zu gewährenden Gehaltsfälle gesetzmäßig, also unanfechtbar bewilligt werden würden, zumal sogar der Alterszulagen für die Volkschullehrer, wo der Staat nur subtilär eintritt, eine Bemerkung im Staat vollen gesetzlichen Charakter gab. Hier aber sollen wir uns mit einer "Denkschrift" begnügen, die keine gesetzliche Kraft, der Oberrechnungskammer gegenüber gar keine Bedeutung hat. Sie wollen heute dem Finanz- und dem Cultusminister ein Pauschquantum von 1400 000 Mk. zu völlig freier Verfügung bewilligen, um weiter nichts handelt es sich. Auf die Art der Verwendung steht uns kein Einfluß zu, die Minister gaben hier im Plenum keine Erklärung darüber ab, und wenn der Cultusminister in der Commission eine Erklärung abgibt, so kann diese doch nur ihn, nicht etwa folgende Minister binden. Gegen die formale Julitätskeit meines Antrages wird niemand etwas einzuwenden haben, er nimmt den elatsrechtlich einzige richtigen Standpunkt ein. Was für Bedenken können Sie gegen meinen Antrag denn haben? Ich habe mit dem jetzigen Finanzminister, als er Abgeordneter war, viele Jahre in der Budgetcommission hier und im Reichstag gearbeitet; der Abg. Miquel würde sicherlich den Standpunkt nicht vertreten, den der Finanzminister heutz' geltend macht. Weshalb soll diese Denkschrift für uns etwas Unantastbares, unabänderliches sein? Weshalb führt man die Sache des sog. Normalstatats nicht in den Staatshaushaltsetat ein? Camphausen hat 1872 dem Abgeordnetenhaus ohne weiteres das Recht der Änderung seines Normalstatats eingeräumt. In der Commission sagte man, die Annahme meines Antrages gefährde die Durchführung der ganzen Sache. Warum denn? Wir können doch mindestens versuchen, ob die Regierung sich durch unsere Beschuldigungen nicht überzeugen läßt. Ich bin die Regierung auf Aenderungen nicht ein, nun gut, so können wir ja Abstand davon nehmen. Warum also diesmal nicht? Ich verstehe nicht, wie Abg. Bachem und der Finanzminister meinen können, mein Antrag verpflichte mich, den Normalstatat mit Haut und Haar hinunter zu schliudern; das Gegenteil ist der Fall. Der ganze Cultusstatat besteht mehr oder weniger aus Pauschquanten, die wir der Regierung bewilligen, und wenn wir auch zu den an der Regierung beständlichen Männern persönlich Vertrauen haben, so müssen solche Dinge doch in einer bindenden gesetzlichen Weise festgelegt werden. Der ganze Constitutionalismus beruht auf einer Art Mittleren, sonst wäre die ganze Oberrechnungskammer und alle Rechnungscontrole überflüssig. Ohnehin schon ist der Cultusstatat in incorrecter Weise aufgestellt. Bei Kap. 120 Tit. 2 bewilligen wir z. B. ein Pauschquantum von  $\frac{4}{5}$  Millionen für die höheren Staatslehranstalten, während im Handelsstatat etc. die Staats der einzelnen Anstalten stehen. Der Herr Finanzminister ist ja völlig damit einverstanden, daß wir an die Bewilligung des Normalstatats gewisse Bedingungen knüpfen können, weiter wollen wir ja auch nichts, dann sind wir ja einig! Die einzelnen Lehrer erhalten freilich kein einklagbares Recht auf die Gehaltssteigerungen, aber die Grundlage einer elatsrechtlichen Bestimmung sollen sie haben. Statt dessen will man sich nur mit Resolutionen begnügen, die der Oberrechnungskammer gar keine Bedeutung haben. Was wird aber geschehen, wenn das Herrenhaus eine im entgegengesetzten Sinne gehaltene Resolution annimmt? Dann schweben wir völlig in der Lust. Wir werden also, wie die Dinge liegen, nur Wünsche aussprechen. Ich werde für die vorliegenden Anträge (Würr, Korsch etc.) stimmen, weil ich der Mei-

nung bin, daß man halten muß, was man versprochen hat. Das liegt im Interesse des Ansehens der Regierung. Sie sagen: es ist richtig, wir haben den Lehrern die Gleichstellung mit den Richtern verprochen; aber wir haben kein Geld. Nun frage ich, ist es denn wichtiger, 10 Millionen für den Dombau — je 1 Million in jedem Jahr — auszugeben, als die Gehaltsverhöhung für die Lehrer und Beamten? Warum bewilligt man denn über 10 Millionen für den Dom? Hätte man die 10 Millionen hierzu verwaucht, so hätte allen billigen Wünschen entsprochen, hätten die Verprechungen der Regierung erfüllt werden können. Wird man ferner bei der Bewilligung der Zulagen lediglich die technische Qualification der Lehrer maßgebend sein lassen? Der Minister verwahrte sich dagegen, daß andere Gesichtspunkte dabei maßgebend sein sollen; ich entnehme zu meiner Freude daraus, daß die Regierung jetzt einen anderen Standpunkt einnimmt, als früher. Denn 1883 erklärte der damalige Minister v. Puttkamer, keinen Beamten solle wegen seiner Abstimmung bei Wahlen ein Nachteil treffen; aber keiner solle sich auch der Illusion hingeben, daß ihm, wenn er in dauernder Opposition sich verbiete, die Vortheile zugewendet werden würden, deren Ausübung in die freie Hand der Regierung gelegt sei (hört, hört, links). Das war deutlich. Was ist überhaupt dauernde Opposition? Dieses Wort ändert seinen Sinn, sobald die Regierung wechselt. Ich hoffe zuversichtlich, daß der jetzige Cultusminister den Puttkamer'schen Standpunkt nicht aufrecht erhalten wird, und ich bitte alle Parteien dieses Hauses, daß sie, wenn sie auch meinen Antrag nicht annehmen, durch ihre Redner klar und deutlich zu erkennen geben, daß sie das Panjqquantum des Normalstatats der Regierung nur für dieses Jahr bewilligen und daß für das nächste Jahr eine völlig elatsrechtliche Regelung des Gegenstandes eintreten soll, denn daß Sie dauernd die  $\frac{1}{2}$  Mill. als Pauschquantum und ohne bindende Bedingungen bewilligen wollen, traue ich Ihnen nicht zu. (Beifall links.)

Minister Miquel: Ich habe bereits in der Commission anerkannt, daß das Haus die verfassungsmäßige Berechtigung hat, den Antrag Rickert anzunehmen. Ich halte nur die Annahme für unwekmäßig und unnötig. Herr Rickert hat die Sache so dargestellt, als wenn die Regierung nun gar keine Verpflichtung hätte, wenn sie nur ein Panjqquantum bekäme, mit welchem sie machen könnte, was sie wollte. Sie ist es aber nicht. Der Normalstatat enthält die Grundsätze, an die die Regierung gebunden ist. Wenn der Normalstatat nicht bei den einzelnen Anstalten richtig durchgeführt würde, könnte der Finanzminister den Zusatz verweigern. Die Oberrechnungskammer könnte sich die Speialetsats der einzelnen Anstalten vorlegen lassen und prüfen, ob dieselben den Grundfällen entsprechen. Es ist zwar kein Gesetz, aber eine Abmachung bindender Natur. Der Antrag Rickert ist unwekmäßig. Die einzelnen Bestimmungen des Normalstatats bilden ein Ganzes. Wird eine Einzelheit geändert, so wird dadurch das Ganze in Frage gestellt. Im nächsten Jahre wird das Pauschquantum verschwunden sein, weil bis dahin die einzelnen Anstalten ihre Zusätze erhalten haben werden, dann liegt der Zustand wieder wie heute. Daß die Minister die Geldsummen in anderer Weise verwenden, als sie bewilligt sind, wäre ein solcher Verbrauchsbruch, daß ich ihn mit Namen gar nicht bezeichnen kann. Ich hoffe, daß in der nächsten Session die Comptabilitätsgefeß vorgelegt wird. Von einer verfassungsmäßigen Kontroverse ist hier nicht die Rede, sondern nur von einer Zweckmäßigkeitssache. Durch das Annahme des Antrags des Budgetcommission wird das Haus sich nichts vergeben.

Minister Graf Leditz: Ich bedaure, daß wir eine so wichtige elatsrechtliche Frage so schnell durchgespielen müssen. Wir tragen nicht die Schuld, daß das Herrenhaus den Staat wieder sehr spät bekommen wird, denn die Denkschrift über den Normalstatat ging uns nur 2 oder 3 Tage vor der Verhandlung in der Commission zu, in welcher die Sache leider nicht gründlich genug erörtert ist. Ich verstehe es, wenn der Finanzminister die elatsrechtliche Frage der Sache jetzt nicht gelöst zu sehen wünscht; sondern sie bis zur Vorlegung eines Comptabilitätsgefeß verlagen will, das ist begreimer, aber gerade das kann ein bedenkliches Prädikt werden, auf das der Minister sich nachher berufen kann. Ich lege deshalb Verwahrung gegen diese incorrecte, dem Elatsrecht nicht entsprechende Lösung der Sache ein. Alle Parteien im Lande, conservative und liberale, und namentlich alle Lehrer erwarteten sicher, daß die durch den Normalstatat zu gewährenden Gehaltsfälle gesetzmäßig, also unanfechtbar bewilligt werden, zumal sogar der Alterszulagen für die Volkschullehrer, wo der Staat nur subtilär eintritt, eine Bemerkung im Staat vollen gesetzlichen Charakter gab. Hier aber sollen wir uns mit einer "Denkschrift" begnügen, die keine gesetzliche Kraft, der Oberrechnungskammer gegenüber gar keine Bedeutung hat. Sie wollen heute dem Finanz- und dem Cultusminister ein Pauschquantum von 1400 000 Mk. zu völlig freier Verfügung bewilligen, um weiter nichts handelt es sich. Auf die Art der Verwendung steht uns kein Einfluß zu, die Minister gaben hier im Plenum keine Erklärung darüber ab, und wenn der Cultusminister in der Commission eine Erklärung abgibt, so kann diese doch nur ihn, nicht etwa folgende Minister binden. Gegen die formale Julitätskeit meines Antrages wird niemand etwas einzuwenden haben, er nimmt den elatsrechtlich einzige richtigen Standpunkt ein. Was für Bedenken können Sie gegen meinen Antrag denn haben? Ich habe mit dem jetzigen Finanzminister, als er Abgeordneter war, viele Jahre in der Budgetcommission hier und im Reichstag gearbeitet; der Abg. Miquel würde sicherlich den Standpunkt nicht vertreten, den der Finanzminister heutz' geltend macht. Weshalb soll diese Denkschrift für uns etwas Unantastbares, unabänderliches sein? Weshalb führt man die Sache des sog. Normalstatats nicht in den Staatshaushaltsetat ein? Camphausen hat 1872 dem Abgeordnetenhaus ohne weiteres das Recht der Änderung seines Normalstatats eingeräumt. In der Commission sagte man, die Annahme meines Antrages gefährde die Durchführung der ganzen Sache. Warum denn? Wir können doch mindestens versuchen, ob die Regierung sich durch unsere Beschuldigungen nicht überzeugen läßt. Ich bin die Regierung auf Aenderungen nicht ein, nun gut, so können wir ja Abstand davon nehmen. Warum also diesmal nicht? Ich verstehe nicht, wie Abg. Bachem und der Finanzminister meinen können, mein Antrag verpflichte mich, den Normalstatat mit Haut und Haar hinunter zu schliudern; das Gegenteil ist der Fall. Der ganze Cultusstatat besteht mehr oder weniger aus Pauschquanten, die wir der Regierung bewilligen, und wenn wir auch zu den an der Regierung beständlichen Männern persönlich Vertrauen haben, so müssen solche Dinge doch in einer bindenden gesetzlichen Weise festgelegt werden. Der ganze Constitutionalismus beruht auf einer Art Mittleren, sonst wäre die ganze Oberrechnungskammer und alle Rechnungscontrole überflüssig. Ohnehin schon ist der Cultusstatat in incorrecter Weise aufgestellt. Bei Kap. 120 Tit. 2 bewilligen wir z. B. ein Pauschquantum von  $\frac{4}{5}$  Millionen für die höheren Staatslehranstalten, während im Handelsstatat etc. die Staats der einzelnen Anstalten stehen. Der Herr Finanzminister ist ja völlig damit einverstanden, daß wir an die Bewilligung des Normalstatats gewisse Bedingungen knüpfen können, weiter wollen wir ja auch nichts, dann sind wir ja einig! Die einzelnen Lehrer erhalten freilich kein einklagbares Recht auf die Gehaltssteigerungen, aber die Grundlage einer elatsrechtlichen Bestimmung sollen sie haben. Statt dessen will man sich nur mit Resolutionen begnügen, die der Oberrechnungskammer gar keine Bedeutung haben. Was wird aber geschehen, wenn das Herrenhaus eine im entgegengesetzten Sinne gehaltene Resolution annimmt? Dann schweben wir völlig in der Lust. Wir werden also, wie die Dinge liegen, nur Wünsche aussprechen. Ich werde für die vorliegenden Anträge (Würr, Korsch etc.) stimmen, weil ich der Mei-

nung bin, daß man halten muß, was man versprochen hat. Das liegt im Interesse des Ansehens der Regierung. Sie sagen: es ist richtig, wir haben den Lehrern die Gleichstellung mit den Richtern verprochen; aber wir haben kein Geld. Nun frage ich, ist es denn wichtiger, 10 Millionen für den Dombau — je 1 Million in jedem Jahr — auszugeben, als die Gehaltsverhöhung für die Lehrer und Beamten? Warum bewilligt man denn über 10 Millionen für den Dom? Hätte man die 10 Millionen hierzu verwaucht, so hätte allen billigen Wünschen entsprochen, hätten die Verprechungen der Regierung erfüllt werden können. Wird man ferner bei der Bewilligung der Zulagen lediglich die technische Qualification der Lehrer maßgebend sein lassen? Der Minister verwahrte sich dagegen, daß andere Gesichtspunkte dabei maßgebend sein sollen; ich entnehme zu meiner Freude daraus, daß die Regierung jetzt einen anderen Standpunkt einnimmt, als früher. Denn 1883 erklärte der damalige Minister v. Puttkamer, keinen Beamten solle wegen seiner Abstimmung bei Wahlen ein Nachteil treffen; aber keiner solle sich auch der Illusion hingeben, daß ihm, wenn er in dauernder Opposition sich verbiete, die Vortheile zugewendet werden würden, deren Ausübung in die freie Hand der Regierung gelegt sei (hört, hört, links).

Abg. Rickert (persönlich): Ich bedaure, daß für diese wichtige Frage im Hause so wenig Interesse vorhanden ist. Ich habe nicht der Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie so vorgeht, wie jetzt, in der Auflösung des Gymnasialstatats. Jetzt tritt aber erstaunlich hervor, wie notwendig eine abgänderte Auflösung des Cultusstatats ist.

Die Anträge Meyer und Rickert werden abgelehnt, von dem Antrag Dürre wird nur der erste Theil angenommen, worin die Regierung aufgesfordert wird, die Befolgsaufsäufungen mit dem Normalstatat nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern gelegentlich der allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehalte weiterzuführen. Die Resolution der Comission wird ebenfalls angenommen und der Elatsstatut selbst bewilligt.

Die Debatte greift nunmehr zurück auf Kapitel 117 Provinzialschulcollegien.

Abg. Kroyatschek (conf.): tritt für eine Verbesserung der Stellung der Provinzialschulräthe ein. Es empfiehlt sich in erster Linie die Verleihung des Rangs als Oberregierungsrath.

Abg. Schmelzer (nat.-lib.): Die Stellung der Provinzialschulräthe muß im Interesse der höheren Schulen selbst geändert werden. Die Auswahl unter den Directoren ist eine geringe, da dieselben meist sogar pecuniar besser gestellt sind als die Provinzialschulräthe. Ein Mißstand ist es auch, daß die Provinzialschulräthe meist Philologen sind. Mathematiker und Naturwissenschaftler findet man nur wenig.

Minister Graf Leditz: Ich erkenne gern an, daß die Provinzialschulräthe einer Aufbesserung bedürfen. Ich kann Ihnen von Herzen gönnen würde. Aber die finanziellen Schwierigkeiten sind sehr bedeutend. Gleichwohl ist es uns noch immer gelungen, unter den Directoren geeignete Leute zu finden, welche dieses Amt übernehmen.

Der Titel wird bewilligt.

Mit Kap. 121 (Elementar-Unterrichtswesen) wird die Berathung der von der Regierung vorgelegten Erläuterungen verbunden, da die Regelung der Befolgsungen der Directoren und Lehrer u. an den Schullehrer- und Lehrerinnen-Seminarien, der Lehrer an den Präparanden-Anstalten und der Kreisschulinspectoren. — Die Budget-Commission schlägt in einer Resolution vor, sich mit den in diesen Schulauflösungen vorgesehenen Befolgs- und Dienstaltersstufen für Seminarlehrer unter der Voraussetzung einverstanden zu erklären, daß den Seminarlehrern bei der Einreichung in die obigen Dienstalters- und Befolgsungsstufen die Zeit mit angezählt wird, während welcher sie nach Ablegung der zweiten Volksschullehrerprüfung im öffentlichen Schuldienst definitiv angestellt gewesen sind.

Abg. Spiegel (Conf.) beantragt, den ersten Seminarlehrern mit Ausnahme derjenigen in Berlin statt 3000—4000 Mk., im Durchschnitt 3500 Mk., ein Gehalt von 3000—3600 Mk., im Durchschnitt 3300 Mk., den ordentlichen Seminarlehrern statt 1800—3200 Mk., im Durchschnitt 2500 Mk., ein Gehalt von 2100—3300 Mk. im Durchschnitt 2700 Mk., zu gewähren. Letzteres in 24 Jahren in Stufen von je 4 Jahren und in Gehaltszulagen von 200 Mk. erreichen.

Mit diesem Titel wird ferner verbunden die Berathung des Titel 9: „Befolzung der Anstaltsvorsteher und Lehrer an Präparandenanstalten“, sowie Titel 26: „Befolzung der Kreisschulinspectoren“ mit 2700 bis 3400, im Durchschnitt 4050 Mk.

Die Abg. Spiegel und a. Strombeck (Centr.) beantragen, das Magazin gehalt auf 4800 Mk. herabzuführen und demgemäß das Durchschnittsgehalt auf 3750 Mk. zu berechnen.

Abg. Überhard (Conf.) wünscht für die Seminarlehrer ein Gehalt von 2100—3300 Mk., da das Anfangsgehalt von 1800 Mk. zu niedrig ist. Dem Antrag Spiegel entspricht, soweit die Anstaltsvorsteher und Lehrer an Präparandenanstalten gebunden sind, die Comptabilitätsgefeß vorgelegt wird. Von einer verfassungsmäßigen Kontroverse ist hier nicht die Rede, sondern nur von einer Zweckmäßigkeitssache. Durch das Annahme des Antrags des Budgetcommission wird das Haus sich nichts vergeben.

Abg. Überhard (Conf.) wünscht für die Seminarlehrer ein Gehalt von 2100—3300 Mk., da das Anfangsgehalt von 1800 Mk. zu niedrig ist. Dem Antrag Spiegel entspricht, soweit die Anstaltsvorsteher und Lehrer an Präparandenanstalten gebunden sind, die Comptabilitätsgefeß vorgelegt wird. Von einer verfassungsmäßigen Kontroverse ist hier nicht die Rede, sondern nur von einer Zweckmäßigkeitssache. Durch das Annahme des Antrags des Budgetcommission wird das Haus sich nichts vergeben.

Geh. Finanzminister Germar: Die Resolution der Budget-Commission wird eine sehr bedeutende finanzielle Mehrbelastung herbeiführen; sie steht also mit der unveränderten Bewilligung des Titels in Wider spruch.

Abg. Voestlinger (nat.-lib.): Die Rücksicht auf die Bildung unserer Volkschullehrer muß uns veranlassen, nach Kräften für die Verbesserung der Seminarlehrer einzutreten. Tüchtige Lehrkräfte werden sich in Zukunft wohl hüten, den Seminaren ihre Dienste zu widmen, wenn sie sehen, daß sie in anderen Stellungen weit besser fortkommen. Die Anforderungen an die Seminarlehrer werden immer größer. Ich möchte die Regierung bitten, das Anfangsgehalt der ordentlichen Seminarlehrer wenigstens von 1800 Mk. auf 2000 Mk. zu erhöhen.

Abg. Birckow: Das Centrum will eine Besserstellung der Seminarlehrer dadurch erreichen, daß die Gehälter der Kreisschulinspectoren herabgesetzt werden. Dem gegenüber muß ich hervorheben, daß ich das Institut der Kreisschulinspectoren für ein durchaus nützliches

Hilfsmittel anschaue, das für die Verminderung des Gehalts hier ganz am unrichtigen Ort ist. Was die Anträge der Budget-Commission betrifft, so schwärme ich nicht gerade für diese Resolution, gönne aber den Seminarlehrern eine Aufbesserung ihrer Gehälter von Herzen.

Minister Miquel: Die Resolution der Budget-Commission würde nach einem vom Finanzminister gemachten Ueberschlag eine Mehrausgabe von 147 000 Mark für das folgende Elatsjahr verursachen. Ich stelle die einfache Frage: Woher sollen wir diese nehmen, wenn sie nicht im Elat bewilligt ist. Wenn der Finanzminister in gewissenfester Innahaltung des Elats auf diese Resolution nicht eingehen kann, dann wird das System der Dienstaltersstufen, welches Sie ja selbst als wünschlich überhaupt nicht zur Ausführung gebracht werden können. Ich möchte Sie also bitten, diese Resolution nicht anzunehmen. Ich habe allerdings aus den Verhandlungen das Gefühl bekommen, daß es wünschenswerth wäre, das Anfangsgehalt der Seminarlehrer etwas höher zu bringen. Ich bin gern bereit, so weit es irgend die Verhältnisse und die Finanzlage gestatten, dieser Frage näher zu treten, schon vor einer allgemeinen Erhöhung der Beamtenbefolzung, namentlich wenn hier durch den Finanzminister vorgelegt werden kann, daß die zweckmäßige Auswahl der hier anzustellenden Personen wesentlich durch den Minimalkauf beeinträchtigt wird. Ich will nicht betonen, daß hoher Werth darin liegt, gerade hier besonders tüchtige Kräfte zu erlangen. Der Antrag

Zwangsvorsteigerung.  
Auf Antrag des Verwalters im  
Concursverfahren über das Vermögen des Immobilienbesitzers Jo-  
hannes Zimmer soll der zur Con-  
cursmaße gehörige, im Grund-  
buche von Mühlau, Kreis Dir-  
schau, Band I, Blatt 27, auf den  
Namen desselben eingetragene  
1/4-Grundstück-Antheil am

11. April 1892,

Vorm. 10 Uhr,  
vor dem unterzeichneten Gericht,  
an Gerichtsstelle, Pfefferstadt  
Zimmer Nr. 42, zwangsweise ver-  
steigert werden.

Das ganze Grundstück ist mit  
337,50 M. Reinertrag und einer  
Fläche von 9,5750 Hektar zur  
Grundsteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Er-  
scheiter übergehenden Ansprüche,  
insbesondere Zinsen, Kosten,  
wiederkehrende Hebungen, sind  
bis zur Aufforderung zum Bieten  
angemeldet.

Das Urteil über die Er-  
teilung des Zuschlags wird

12. April 1892,

Mittags 12 Uhr, (8262  
an Gerichtsstelle, verkündet  
werden).

Danzig, den 9. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung.

Auf Antrag des Verwalters im  
Concursverfahren über das Vermögen des Danziger Bündnungs-  
fabrikts G. Bunkowsky in Danzig  
soll das zur Concursmaße gehörige,  
im Grundbuche von Schell-  
mühl, Band III, Blatt 18, auf  
den Namen der selben eingetra-  
gene, Schellmühlverein Nr. 7 be-  
legene Grundstück

am 4. April 1892,

Vormittags 10 Uhr,  
vor dem unterzeichneten Gericht,  
an Gerichtsstelle, Pfefferstadt,  
Zimmer Nr. 42, zwangsweise ver-  
steigert werden.

Das Grundstück ist mit 2,31 M.  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,5600 Hektar zur Grundsteuer  
mit 3060 M. Nutzungsverlust zur  
Grundsteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Er-  
scheiter übergehenden Ansprüche,  
insbesondere Zinsen, Kosten,  
wiederkehrende Hebungen, sind  
bis zur Aufforderung zum Bieten  
angemeldet.

Das Urteil über die Erteilung  
des Zuschlags wird

am 5. April 1892,

Mittags 12 Uhr,  
an Gerichtsstelle verkündet  
werden  
Danzig, den 22. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht XI.

Bekanntmachung.

Um dem Kleingewerbe die Ein-  
richtung des Gasmotorenbetriebes  
zu erleichtern, haben wir in Er-  
wägung gezogen, Gasmotoren  
zum Selbstkostenpreise, eventl.  
auch unter Bewilligung von Staats-  
zahlungen, an Kleinunternehmern  
abzuliefern.

Da es uns zunächst darauf an-  
kommt, den Umfang des vor-  
handenen Bedürfnisses festzu-  
stellen, so erachten wir die Unter-  
nehmen, ihre Anträge entweder  
schriftlich dem unterzeichneten  
Curatorium einzureichen oder  
mündlich bei den Dirigenten der  
städtischen Gas- und Wasser-  
werke, Herrn Kunath, anzu-  
bringen. Danzig, den 9. März 1892.

Das Curatorium der Gas-  
Anstalt.

geg. Trampe.

Auction

mit herrschaftlich. Mobilier  
im großen Saale des Tivoli,  
Heumarkt Nr. 4.

Dienstag, den 15. März,  
von 10 Uhr ab,  
versteigere ich im Auftrage der  
Frau Henriette Braun, als: diverse  
Gold- und Silbersachen, ferner  
3 Zimmer-Einrichtungen, muh-  
baum, mahagoni, birken Möbel,  
als Kleiderständer, Berlin-  
kons., 2 gute Plüsch-Garnituren,  
Panel-Gophas, Schlaf-Gophas,  
Sühle, Peiteler-Spiegel, 2 Regu-  
läre, Gophatische, 4 Leppiche,  
Viller, 7 Bettgestelle m. Matratzen-  
Betten.

Auf Wunsch habe ich die gekauf-  
ten Möbel bis zum 2. April stehen  
bleiben.

Der Auctionator u. Taxator,  
Eduard Glazéski.

Dampfer-Erprobung.

Dampfer „Dora“, Capt. Bremer,

lade hier gegen 18./20. März cr.  
nach Memel und Lübeck.

Der Dampfer nimmt auch Güter  
zur Beförderung nach Tilsit an.

Anmeldungen erbeten bei

J. G. Reinhold.

Dampfer-Erprobung

Danzig - Liverpool lädet

Dampfer „Fido“

hier gegen 24./25. März cr.

Güteranmeldungen erbeten bei

J. G. Reinhold.

Loose:

zur Gründung einer Unfall-  
Unterst.-Kasse f. d. Feuer-  
wehren v. d. Prov. Westpr.

a 1 M.

zur Königsberger Pferde-Lot-  
terie a 1 M.

zur Marienburger Schlossbau-  
Lotterie a 3 M.

zur Freiburger Dombau - Lot-  
terie a 3 M.

zu haben in der

Exped. der Danziger Zeitung.

Hermann Lau,

Langgasse 71.

Musikalien-Handlung u.

Musikalien-Leih-Anstalt.

Abonnement für Hefte

und Auswärts zu den

günstigsten Bedingungen.

Novitäten sofort nach

Erscheinen.

(5512)

# Preußische Hypotheken-Actien-Bank in Berlin.

Bilanz per 31. Dezember 1891.

Activa.

	M	£
Cassenbestand	2 057 509	63
Eigene Effecten jährlich Zinsen	7 375 236	98
Wechselbestand abjährlich Zinsen	1 370 023	03
Guthaben bei Bankhäusern etc.	3 723 782	77
Vorräthe und gelöste Pfandbriefe	114 721	18
Formulare	1 470 000	-
Bank-Gebäude	157 717	23
Diverse Debören	20 649	38
Mobilien-Conto	159 140	719
Anlage im Hypothekengeschäft	175 430	359
	89	
	175 430	359
	89	

Passiva.

	M	£
Action-Capital	9 960 000	-
Reservefonds	1 532 591	20
Emitierte Pfandbriefe abjährlich verloster	154 944	950
Amortisationsfonds	229 658	55
Vorausgezahlte Hypotheken-Zinsen	51 391	86
Verloste Pfandbriefe jährlich verloster	149 368	06
Fällige noch einzulösende Pfandbrief-Coupons	1 319 295	98
Am 1. April 1892 fällig werdende antheilige	718 782	-
Pfandbrief-Zinsen	936	-
Noch einzulösende Dividendencheine	5 729 773	87
Reingewinn	793 612	35
	175 430	359
	89	

Debit.

## Gewinn- und Verlust-Conto.

	M	£
Geschäfts-Umkosten	387 964	40
Communal- und Gewerbesteuer	15 732	-
Tourage-Conto	9 643	75
Zuschlag zu verloosten Pfandbriefen	14 000	-
Pfandbrief-Stempel und Anfertigungskosten	32 622	98
Abrechnung auf Mobilien	2 294	37
Abrechnung auf Grundstücks-Conto	23 506	38
Reingewinn	793 612	35
	1 279 376	23

Credit.

	M	£
Vortrag aus 1890	8 036	61
Gewinn an Zinsen, Provisionen und Umtkosten-Beiträgen	1 271 339	62
	702	

## Die Haupt-Direction.

Sanden. Schmidt.

Die vorstehende Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto stimmen mit den Büchern der Bank überein.  
Berlin, den 8. Februar 1892.

Beutner.

Ed. Schmidt.

Regierungsrath a. D. Commerzienrath, Generalconsul.

Verwaltungsdirektor der Norddeutschen i. F. Anhalt & Wagener Nachf.

Teil-Berufsgenossenschaft.

L. Rauwerth.

Director der Preußischen Feuerver-

sicherungs-Aktionen-Gesellschaft.

Ges. von Zahnringen.



## Geld

Schränke und Cassetten mit unan-  
bohbarer Stahl-Panzer, feuer- und  
diebstahler und zum An- und Los-  
schließen von 10 M. an.  
H. B. Spindler, Danzig.

Lieferant Kaiserl. Königl. Behörden

Saison von Mai bis Oktober. Bad Cudowa, Regier.-Bezirk Breslau.  
1235 Fuß über dem Meere. Post- und Telegraphenstation.  
Bahnstation Nachod. Arsen-Eisenquelle: gegen Blut-, Nerven-, Herz-, Frauen-Krankheiten. Lithionquelle: gegen  
Gicht-, Nieren- und Blasen-Leiden. Alle Arten Bäder und  
moderne Heilverfahren. Concerts, Reunion, Theater. Illustr. Wegweiser 50 Pfennige. Prospekte gratis. Brunnen-  
versand das ganze Jahr durch. Die Badeleitung.

702

Kunst. Zahne, Plombe.

schmerloses Zahneziehen.

Leiman, Langgasse 83,

am Langgasser Thor.

Sprecht. v. 9-6 Uhr.

Stellenvermittlung.

Stiller Theilnehmer

geföhrt mit ca. 10000 M. Einlage  
für möglichst bald von einem  
sehr rentablen und im flotten  
Betriebe befindlichen

Fabrik-Geschäft

einer größeren Stadt Westpr.  
Gute sichere Kundenchaft vor-  
handen.

Capital wird sicher gestellt.  
Offeraten sub. B. 3700 befördert  
die Annonsen-Expedition von  
Haagenstein & Vogler, A.-G.,  
Augsberg i. Pr.

Ein Lehrling,

der die Berechtigung zum einjähr.  
freiw. Dienst hat, kann am 1. April  
gegen monatl. Remunerat eintre-  
ten bei Ludwig Lessmer,  
C. J. Drümmer Nachfolger.

Zum 1. April suche ein